Bu mektuplar 20 Parlamenter
& yudencidi,

Turhan Ata, Unterer Klingelbrunnen 28; D - 7014 Kornwestheim
Ali Gürsu, Neckartalstraße 117/I, D - 7000 Stuttgart 50
Rainer Uhrmann; Arminstraße 36; D - 7000 Stuttgart 1

Mr.
Jean-Marie Vanlerenberghe
24, Passage du Genie
F - 75012 Paris

Stuttgart, 27.9.89

Sehr geehrter Herr Vanlerenberghe,

wie Ihnen möglicherweise bekannt ist, sind am 21.9.1989 sieben prominente Oppositionelle der Türkei freiwillig aus dem Exil in Ihre Heimat zurückgekehrt. Vier von Ihnen sind Mitglieder des Zentralkomitees der "Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei". Es handelt sich um ERDAL TALU, AHMET KARDAM, SEREF YILDIZ und MEHMET BOZISIK. Alle vier wurden von den türkischen Behörden sofort in Haft genommen. Erdal Talu ist in Istanbul, dem Ankunftsort in Haft, die drei übrigen wurden nach Ankara verbracht. Seither fehlt von diesen drei Verhafteten jedes Lebenszeichen.

Wir schreiben an Sie als Europäer, der die politischen Verhältnisse und den Stand der Menschenrechte in der Türkei näher kennt. Wir brauchen Ihnen nicht detailliert darzulegen, was angesichts immer noch praktizierter Folter, verhängter Todesurteile und massiver Unterdrückung der politischen Opposition eine Verschleppung durch den türkischen Geheimdienst bedeuten kann. Mit Sicherheit werden die Gefangenen großen physischen und psychischen Strapazen ausgesetzt, um Geständnisse im Sinne der türkischen Sicherheitsgesetze zu erzwingen. Nicht zuletzt der Prozeß gegen die Generalsekretäre der TBKP, Kutlu und Sargin, hat gezeigt, daß die türkischen Sicherheitsorgane bemüht sind, den freiwillig zurückgekehrten Kommunisten ihres Landes willkürlich konstruierte Hochverratsdelikte zu unterstellen und dabei die Folter zum Erpressen von Geständnissen einzusetzen.

Wir bitten Sie deshalb dringend, bei den türkischen Behörden nach dem Verbleib der Verhafteten nachzufragen, den Fall der Verschleppten möglichst publik zu machen, sich für den der europäischen Menschenrechtscharta entsprechenden juristischen und medizinischen Beistand der Gefangenen einzusetzen und von den türkischen Behörden deren sofortige Freilassung zu fordern, da keinerlei Fluchtgefahr besteht und noch keine offizielle Anklage gegen die Rückkehrer ergangen ist.

Wir danken für Ihr Verständnis und bitten Sie, uns Ihre Aktivitäten in dieser Sache freundlichst mitzutellen.

T. Ata

A. Gürsu

R. Uhrmann

Turhan Ata, Unterer Klingelbrunnen 28; D - 7014 Kornwestheim
Ali Gürsu, Neckartalstraße 117/I, D - 7000 Stuttgart 50
Rainer Uhrmann; Arminstraße 36; D - 7000 Stuttgart 1

Herrn
Bundesaußenminister
Hans-Dietrich Genscher
Postfach
5300 Bonn

Stuttgart, 27.9.89

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,

wie Ihnen möglicherweise bekannt ist, sind am 21.9.1989 sieben prominente Oppositionelle der Türkei freiwillig aus dem Exil in Ihre Heimat zurückgekehrt. Vier von Ihnen sind Mitglieder des Zentralkomitees der "Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei". Es handelt sich um ERDAL TALU, AHMET KARDAM, SEREF YILDIZ und MEHMET BOZISIK. Alle vier wurden von den türkischen Behörden sofort in Haft genommen. Erdal Talu ist in Istanbul, dem Ankunftsort in Haft, die drei übrigen wurden nach Ankara verbracht. Seither fehlt von diesen drei Verhafteten jedes Lebenszeichen.

Wir schreiben an Sie als Politiker, der die politischen Verhältnisse und den Stand der Menschenrechte in der Türkei näher kennt. Wir brauchen Ihnen nicht detailliert darzulegen, was angesichts immer noch praktizierter Folter, verhängter Todesurteile und massiver Unterdrückung der politischen Opposition eine Verschleppung durch den türkischen Geheimdienst bedeuten kann. Mit Sicherheit werden die Gefangenen großen physischen und psychischen Strapazen ausgesetzt, um Geständnisse im Sinne der türkischen Sicherheitsgesetze zu erzwingen. Nicht zuletzt der Prozeß gegen die Generalsekretäre der TBKP, Kutlu und Sargin, hat gezeigt, daß die türkischen Sicherheitsorgane bemüht sind, den freiwillig zurückgekehrten Kommunisten ihres Landes willkürlich konstruierte Hochverratsdelikte zu unterstellen und dabei die Folter zum Erpressen von Geständnissen einzusetzen.

Wir bitten Sie deshalb dringend, bei den türkischen Behörden nach dem Verbleib der Verhafteten nachzufragen, den Fall der Verschleppten möglichst publik zu machen, sich für den der europäischen Menschenrechtscharta entsprechenden juristischen und medizinischen Beistand der Gefangenen einzusetzen und von den türkischen Behörden deren sofortige Freilassung zu fordern, da keinerlei Fluchtgefahr besteht und noch keine offizielle Anklage gegen die Rückkehrer ergangen ist.

Wir danken für Ihr Verständnis und bitten Sie, uns Ihre Aktivitäten in dieser Sache freundlichst mitzuteilen.

T. Ata

A. Gürsu

R. Uhrmann

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Turhan Ata, Unterer Klingelbrunnen 28, 7014 Kornwestheim
Ali Gürsu, Neckartalstraße 117/I, 7000 Stuttgart 50
Rainer Uhrmann, Arminstraße 36, 7000 Stuttgart 1

An die
demokratische Öffent-
lichkeit in Baden-
Württemberg

Stuttgart, 27.9.89

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Freunde,

wie Ihnen möglicherweise bekannt ist, sind am 21.9.1989 sieben prominente Oppositionelle der Türkei freiwillig aus dem Exil in Ihre Heimat zurückgekehrt. Vier von Ihnen sind Mitglieder des Zentralkomitees der "Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei". Es handelt sich um ERDAL TALU, AHMET KARDAM, SEREF YILDIZ und MEHMET BOZISIK. Alle vier wurden von den türkischen Behörden sofort in Haft genommen. Erdal Talu ist in Istanbul, dem Ankunftsort in Haft, die drei übrigen wurden nach Ankara verbracht. Seither fehlt von diesen drei Verhafteten jedes Lebenszeichen.

Versuchen Sie sich bitte vorzustellen, was angesichts immer noch praktizierter Folter, verhängter Todesurteile und massiver Unterdrückung der politischen Opposition eine Verschleppung durch den türkischen Geheimdienst bedeuten kann. Mit Sicherheit werden die Gefangenen großen physischen und psychischen Strapazen ausgesetzt, um Geständnisse im Sinne der türkischen Sicherheitsgesetze zu erzwingen. Nicht zuletzt der Prozeß gegen die Generalsekretäre der TBKP, Kutlu und Sargin, hat gezeigt, daß die türkischen Sicherheitsorgane bemüht sind, den freiwillig zurückkehrenden Kommunisten ihres Landes willkürlich konstruierte Hochverratsdelikte zu unterstellen und dabei die Folter zum Erpressen von Geständnissen einzusetzen.

Wir bitten Sie deshalb dringend, bei den türkischen Behörden nach dem Verbleib der Verhafteten nachzufragen, den Fall der Verschleppten möglichst publik zu machen, sich für den der europäischen Menschenrechtscharta entsprechenden juristischen und medizinischen Beistand der Gefangenen einzusetzen und von den türkischen Behörden deren sofortige Freilassung zu fordern, da keinerlei Fluchtgefahr besteht und noch keine offizielle Anklage gegen die Rückkehrer ergangen ist.

Wir danken für Ihr Verständnis und bitten Sie, uns Ihre Aktivitäten in dieser Sache freundlichst mitzuteilen.

gez. Turhan Ata
Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes DISK

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Nahe
Hauptstraße 316
6580 Idar-Oberstein

, den 27.09.1989

Herrn
Ministerpräsident
Turgut Özal
Ankara
Türkei

Herr Ministerpräsident Özal,

die Kommunistinnen und Kommunisten aus Idar-Oberstein und Bad Kreuznach protestieren entschieden gegen die Verhaftung von Mitgliedern des Zentralkomitees der TBKP nach ihrer Rückkehr in die Türkei.

Ihre Regierung und Sie, Herr Ministerpräsident, reden von Demokratie. Doch wenn die Kommunistische Partei verboten ist, wenn Menschen verhaftet werden wenn sie sagen, daß sie KommunistInnen seien, kann von Demokratie keine Rede sein!

Ihr Land will der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Doch seien Sie sicher, solange sich Ihre Politik nicht ändert und die Menschenrechte mißachtet werden, solange werden wir und viele weitere Demokratinnen und Demokraten dies zu verhindern versuchen.

Wir fordern von der Regierung der Türkei:

- die Freilassung der Genossen Generalsekretäre Haydar Kutlu und Nihat Sargin
- die Freilassung der verhafteten Mitglieder des Zentralkomitees der TBKP
- die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei

Wir fordern, das Verbot der Kommunistischen Partei sofort aufzuheben!

Jürgen Kübler
(Kreisvorsitzender)

i. A. Jürgen Locher

Lokal- Anzeiger

für die Stadt Bad Kreuznach, die
Verbandsgem. Bad Kreuznach-
Land, Bad Münster a. St./Ebb.,
Langenlonsheim, Rüdesheim,
Wöllstein, Gensingen

Geschäftsstelle:
Mannheimer Str. 15
6550 Bad Kreuznach
Telefon (06 71) 3 40 04

Bad
Kreuznacher

wochen
spiegel

19. Oktober 1989 - Woche 42 - 7. Jahrgang (59)

DGB für mehr Menschenrechte

KREIS. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Kreis Nahe-Hunsrück hat sich in der jüngsten Vergangenheit mehrmals veranlaßt gesehen, die politisch Verantwortlichen in der Türkei und in Deutschland auf die Mißachtung der Menschenrechte in ihrem Lande hinzuweisen.

Nach Auffassung des DGB kann die Türkei nur Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft werden, wenn Menschenrechte und Meinungsfreiheit geachtet werden und die freiheitliche Demokratie zur unwiderruflichen Staatsform wird.

Nach Auskunft des Kreisvorsitzenden Peter Schick, gab ein neuer Vorfall wieder Anlaß, auf den Verstoß der Menschenrechte hinzuweisen. Im September seien vier Türken kurz nach ihrer Einreise in ihre Heimat inhaftiert worden. Man werfe ihnen vor, für obige Rechte und Freiheiten in der Türkei eintreten zu wollen.

recycling-papier aus 100% Altpapier

Datum	Uhrzeit	Empfänger von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Platz	Empfangen Namenszeichen			Platz	Gesendet Namenszeichen
Bezeichnung der Aufgabe-TSt		Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabebetrag	Uhrzeit
aus					

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer: **ŞEHİRCİLERİ GENEL BASKANI ERDAL İNÖNÜ**

Bestimmungsort - Bestimmung-TSt: **ANKARA-TUERKEI**

22.09.89 GÜNÜ YURDA DÖNEN VE TUTUKLANAN A. KARDAM, M. BOZISIK, E. TALU, Ş. YILDIZ-T. ULUSOY'UN SERBEST BIRAKILMASI İÇİN TÜM GAYRETİNİZİ SEFERBER EDECEĞİNİZE YÜRKTEN İNANIYORUM, SİZİ BAKARI DÜLİYORUM

Wortgebühren	DM	PF	Wörter geändert	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegraphiert) DAVUT ZINCIDI MANNHEIMERSTRASSE 43 6550 Bad-Kreuznach
Sonstige Gebühren	DM	PF	Wörter gestrichen	
Zusammen	DM	PF	Wörter hinzugesetzt	
Angenommen			Auf ungenügende Anschrift/ Dienstzeit hingewiesen	

Telegramm Deutsche Bundespost Verzögerungsvermerke

Datum	Uhrzeit	Empfänger von	Leitvermerk	Datum	Uhrzeit
Platz	Empfangen Namenszeichen			Platz	Gesendet Namenszeichen
Bezeichnung der Aufgabe-TSt		Aufgabe-Nr.	Wortzahl	Aufgabebetrag	Uhrzeit
aus					

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer: **ŞEHİRCİLERİ GENEL BASKANI TURGUT ÖZAL**

Bestimmungsort - Bestimmung-TSt: **ANKARA - TUERKEI**

22.09.89 GÜNÜ LEGAL PARTİ KURMA CALISMASI İCİN YURDA DÖNEN POLİTİK GÖÇMENLERİN TUTUKLANMASINI DOĞRU BULMUYORUM. SERBEST BIRAKILMALARI, İNSAN HAKLARINA SAYGIVE DEMOKRASININ GEREĞİ OLARAK GÖRÜYORUM.

Wortgebühren	DM	PF	Wörter geändert	Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegraphiert) DAVUT ZINCIDI Mannheimerstr.43 6550 Bad-Kreuznach
Sonstige Gebühren	DM	PF	Wörter gestrichen	
Zusammen	DM	PF	Wörter hinzugesetzt	
Angenommen			Auf ungenügende Anschrift/ Dienstzeit hingewiesen	

recycling-papier aus 100% Altpapier

Beleg

über den Bezug von

~~Postwertzeichen~~

Telegrammen Geb.

im Gesamtbetrag von

72 DM 80 Pf

Dieser Beleg gilt nicht als Einlieferungsbescheinigung.

KU x12.88/8 7 6 5 4 3 2
A7/50-66cm

912 031 000-0
DA P I Anl. 4

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Sozialistische Einheitspartei Westberlins Partei Vorstand

Wilmerdorfer Straße 16^E Aufgang II · 1000 Berlin 10 · Telefon 3413026

An den
Ministerpräsidenten
der Republik Türkei

Herrn Turgut Özal

Ankara / Türkei

Westberlin, den 16. Oktober 89

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Turgut Özal!

Namens des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins wende ich mich erneut in einer dringenden Angelegenheit der Menschenrechte und der Demokratie an Sie, den Ministerpräsidenten der Türkei.

Am 16. November 1987 kehrten nach langen Jahren der Emigration die türkischen Staatsbürger Nihat Fargin, Vorsitzender und Haydar Kutlu, Generalsekretär der Türkischen Vereinigten Kommunistischen Partei, freiwillig und mit ordentlichen Papieren Ihres Staates in ihre Heimat zurück.

Sie wurden auf dem Flughafen Ankara verhaftet. Sie wurden gefoltert und seit dem 8. Juni 1988 wird ihnen vor dem Sicherheitsgericht ein Prozeß gemacht.

Ebenfalls nach vielen Jahren der Emigration kehrte am 22. September 1989 eine Gruppe politischer Emigranten in die Türkei zurück, darunter die Mitglieder des Zentralkomitees der Türkischen Vereinigten Kommunistischen Partei Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Bozisk. Sie wurden auf dem Flughafen Istanbul festgenommen und befinden sich unserer Information nach in Ankara in Haft.

Die Verhaftungen im November 1987 und die im September dieses Jahres betrachten wir als einen Verstoß gegen die Menschenrechte, der Demokratie und als eine Verletzung internationaler Vereinbarungen, die durch Ihre Regierung unterzeichnet wurden.

U.a. heißt es im Schlußdokument der Wiener KSZE-Folgekonferenz:

"...Die Teilnehmerstaaten bestätigen, daß sie die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit, für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten werden. Sie bestätigen ferner die universelle Bedeutung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, deren Achtung wesentlicher Faktor für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit ist... Sie bekunden ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu garantieren..."

Durch meinen mehrmaligen Aufenthalt in Ihrem Lande, durch Gespräche mit Politikern verschiedener Parteien in Ankara und aus Ihren Reden zu verschiedenen Anlässen weiß ich, daß Sie immer wieder erklären, Sie seien für die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142, die die Grundlage der Verfolgung von Demokraten in der Türkei sind. Mehrmals haben Sie erklärt, eine kommunistische Partei werde zugelassen.

Namens der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins protestiere ich gegen die erneute Verhaftung von Demokraten am 22. September in Istanbul.

Wir fordern Sie auf, lassen Sie den ständigen Erklärungen über mehr Demokratie endlich Taten folgen.

Wir fordern die Freilassung aller politischen Häftlinge, darunter Nihat Sargin, Haydar Kutlu, Ahmet Kardam, Serif Yildin, Mehmet Bozisk.

Wir fordern die sofortige Außerkraftsetzung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, um der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir fordern die Zulassung der Türkischen Vereinigten Kommunistischen Partei, damit sie am Demokratisierungsprozeß in der Türkei teilnehmen kann.

Hochachtungsvoll

Klaus Feske
(Klaus Feske)

Mitglied des Büros und des
Sekretariats des Parteivorstandes

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ
TÜSTAV

Günter Leonhart MdB
Fritz R. Körper MdL
Udo Reichenbecher MdL
SPD Kreistagsfraktion
SPD Stadtratsfraktion
An die Arbeitsgemeinschaften
AfA, ASF und die Jusos

Liebe Genossinnen und Genossen.

In den letzten Wochen kehrten einige führende
Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), und
Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP)
in ihre Heimat in der Türkei zurück. (Siehe beiliegende
Pressenotiz) Noch auf dem Flughafen wurden sie verhaftet.
Ich bitte euch nun Solidaritätsschreiben an die in dieser
Pressenotiz veröffentlichten Stellen zu senden. Eine Fotokopie
von diesem Schreiben würde ich euch bitten, an meine u.a.
Anschrift zu schicken. Ich hoffe keine Fehlbitte getan zu haben.
Im Voraus besten Dank und weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

D. Zıncıdı

23.10.89

Zıncıdı Davut
Mannheimerstrasse 43
6550 Bad-Kreuznach

A. Bicho
Koordinierungskreis
für Ausländische Arbeitnehmer

6550 Bad Kreuznach, d. 18.10.1989
Planiger Str. 5

I. Haiwan
Ausländerbeauftragter der EU
Kreis Bad Kreuznach

Herrn
Ministerpräsident
Turgut Ö z a l

A n k a r a
Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Özal,
wir möchten Sie sehr herzlich bitten, der Rückkehr dieser Männer
Aufmerksamkeit zu widmen und Ihnen möglicherweise Hilfe und Unter-
stützung zu gewähren.

Herrn Erdal Talu
Herrn Ahmet Kardam
Herrn Seref Yildiz
Herrn Mehmet Bozisk

in ihr Heimatland zurückgekehrt. Nach unseren Informationen bemühen
sich diese Herren, in der Türkei das Recht auf freie Meinungsäußerung,
eine freiheitliche Demokratie durchzusetzen und die fehlenden Menschen-
rechte zu bekämpfen. In der UNO-Charta und in der Europäischen Akte
werden auch dem türkischen Volk diese Rechte zuerkannt.

Wir rechnen mit Ihrer Hilfe und Unterstützung und bedanken uns vorab
hierfür recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

A. Bicho

I. Haiwan

Rückkehr der ersten ZK-Mitglieder in die Türkei

Für die Legalisierung der TBKP

Alle Mitglieder des Zentralkomitees der TBKP, die im Exil in Europa leben, sollen bis Jahresende in die Türkei zurückkehren, die ersten vier am kommenden Freitag. Mit einem von ihnen, Ahmet Kardam, sprach „Die Wahrheit“. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Interview.

Frage: Was waren die Gründe für den Beschluß. (des Zentralkomitees)?

Ahmet Kardam: Wir wollen mit unserer Rückkehr als TBKP-Funktionäre die türkische Regierung unter Druck setzen, um die sofortige Aufhebung des Verbots für die legale Betätigung der Kommunistischen Partei zu erreichen. Mit der Rückkehr unserer Parteiführer N. Sargin und H. Kutlu sollte bezweckt werden, daß die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei auf die politische Tagesordnung der Türkei gesetzt wird. Wir waren in dieser Hinsicht erfolgreich. Der Staatspräsident Evren mußte letztes Jahr im November erklären, so als ob er dabei der Regierung und dem Parlament einen Fingerzeig geben würde, daß eine Kommunistische Partei gegründet werden müsse. Ministerpräsident Özal hat seine Aussagen in bezug auf die legale Gründung einer Kommunistischen Partei in den letzten Monaten ergänzt und erklärt, daß bei den nächsten Parlamentswahlen auch die Kommunistische Partei teilnehmen wird. Alle oppositionellen Parteien sind für eine Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei in der Türkei. Die türkische Regierungspartei ANAP (Mutterlandspartei) hat bekanntgegeben, daß eine Kommission an einer Veränderung des türkischen Strafgesetzbuches arbeitet, und einer ihrer Abgeordneten hat zu dieser Frage einen Entwurf für eine Gesetzesänderung im Parlament eingebracht. Das heißt, man hat in dieser Frage in der Türkei einen Konsens erreicht. Auf der anderen Seite aber werden trotz dieser Erklärungen und Zugeständnisse immer noch keine praktischen Schritte getan. Um Zeit zu gewinnen, versuchen das Regime und die Regierung die Aufhebung des Verbots so lange wie möglich hinauszuzögern. Wir müssen die Regierung dazu bringen, daß sie in dieser Frage endlich einen Schlußpunkt setzt. Deshalb müssen die Betroffenen dieser Frage, um die es eigentlich geht, also die Kommunisten/-innen, sich offener und konsequenter als bisher bekennen. Wir zeigen mit unserer Rückkehr unseren festen Willen für eine legale Betätigung.

Ahmet Kardam, einer der Rückkehrer. Foto: Tutus

Ahmet Kardam: Obwohl es nicht so schnell geht, wie wir es uns vorgenommen hatten, verändert sich die ganze politische Arbeitsweise unserer Partei. Unsere Partei kommt von der alten „heimlichen“ Arbeitsweise weg, wird in der politischen Arbeitsweise immer „offener“. Das heißt, unsere Partei legt nicht die Hände in den Schoß und wartet nicht, bis die entsprechenden Paragraphen aufgehoben worden sind, sondern sie bewegt sich Schritt um Schritt hin zur offenen legalen Betätigung. Als Beispiel dafür kann man das Inserat in einer Tageszeitung der Türkei nennen, mit dem sich über 1000 Menschen für die legale Veröffentlichung unseres Parteiprogramms einsetzen. Unsere Partei befindet sich schon jetzt in einer praktischen Durchgangsphase von der Illegalität zur Legalität. Diese Periode ist ein Bestandteil unseres Kampfes für die Legalität unserer Partei. Mit der Rückkehr der ZK-Mitglieder wird diese Bewegung noch mehr beschleunigt.

Frage: Wie bewerten die anderen linken Kräfte aus der Türkei diese Rückkehr?

Ahmet Kardam: Bei Rückkehr von N. Sargin und H. Kutlu hatten wir nicht genügend Zeit gehabt, um die linken Kräfte und Parteien vorher zu informieren. Nach der Rückkehr der beiden wurden wir wahrscheinlich auch

bekunden ihre Solidarität mit uns. Diese Verhaltensweise unserer Freunde ermutigt uns in unserem Vorhaben und bestärkt uns.

Frage: Gegen dich ist eine Haftstrafe von neuneneinhalb Jahren verhängt worden, weil du vor dem Militärputsch am 12. September 1980 die TKP-Parteitagdokumentationen von 1977 veröffentlicht hast. Kann man deine Rückkehr nicht als eine „Dummheit“ bezeichnen, weil du ja sowieso ins Gefängnis kommst? Kann bei deiner Rückkehr eine neue Anklage gegen dich erhoben werden?

Ahmet Kardam: Glaube ich nicht. Dann müßte man auch die Rückkehr von Sargin und Kutlu als eine „Dummheit“ bezeichnen. Für Sargin und Kutlu fordert der Staatsanwalt für jeden mindestens 15 Jahre Haftstrafe. Wir sind der Meinung, daß in naher Zukunft die Paragraphen, die die kommunistische Partei verbieten, abgeschafft werden. Das heißt, wenn nicht Sargin und Kutlu je 15 Jahre oder auch mehr Jahre im Gefängnis bleiben müssen, werde auch ich freikommen. Es kann sein, daß ich erneut angeklagt werde, aber wie ich schon erläutert habe, würde dies nichts verändern. Die Zielsetzung der Legalität ist ein wichtiger Bestandteil unserer parteipolitischen Strategie.

Meine Rückkehr gehört zu dieser

Der Staatspräsident Evren mußte letztes Jahr im November erklären, so als ob er dabei der Regierung und dem Parlament einen Fingerzeig geben würde, daß eine Kommunistische Partei gegründet werden müsse. Ministerpräsident Özal hat seine Aussagen in bezug auf die legale Gründung einer Kommunistischen Partei in den letzten Monaten ergänzt und erklärt, daß bei den nächsten Parlamentswahlen auch die Kommunistische Partei teilnehmen wird. Alle oppositionellen Parteien sind für eine Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei in der Türkei. Die türkische Regierungspartei ANAP (Mutterlandspartei) hat bekanntgegeben, daß eine Kommission an einer Veränderung des türkischen Strafgesetzbuches arbeitet, und einer ihrer Abgeordneten hat zu dieser Frage einen Entwurf für eine Gesetzesänderung im Parlament eingebracht. Das heißt, man hat in dieser Frage in der Türkei einen Konsens erreicht. Auf der anderen Seite aber werden trotz dieser Erklärungen und Zugeständnisse immer noch keine praktischen Schritte getan. Um Zeit zu gewinnen, versuchen das Regime und die Regierung die Aufhebung des Verbots so lange wie möglich hinauszuzögern. Wir müssen die Regierung dazu bringen, daß sie in dieser Frage endlich einen Schlußpunkt setzt. Deshalb müssen die Betroffenen dieser Frage, um die es eigentlich geht, also die Kommunisten/-innen, sich offener und konsequenter als bisher bekennen. Wir zeigen mit unserer Rückkehr unseren festen Willen für eine legale Betätigung. Nach der Rückkehr unserer Parteiführer Sargin und Kutlu wurde die Frage der Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei in der Tagesordnung der Türkei fest verankert. Das Wichtigste dabei ist die Reihenfolge. Wir sind der Meinung, daß unsere Rückkehr bei der Beantwortung dieser Frage mit „jetzt, sofort“ behilflich sein wird.

Frage: Was hat sich seit der Rückkehr von Sargin und Kutlu in eurer Partei geändert? Was wird die Rückkehr der ZK-Mitglieder bewirken?

Ahmet Kardam: Obwohl es nicht so schnell geht, wie wir es uns vorgenommen hatten, verändert sich die ganze politische Arbeitsweise unserer Partei. Unsere Partei kommt von der alten „heimlichen“ Arbeitsweise weg, wird in der politischen Arbeitsweise immer „offener“. Das heißt, unsere Partei legt nicht die Hände in den Schoß und wartet nicht, bis die entsprechenden Paragraphen aufgehoben worden sind, sondern sie bewegt sich Schritt um Schritt hin zur offenen legalen Betätigung. Als Beispiel dafür kann man das Inserat in einer Tageszeitung der Türkei nennen, mit dem sich über 1000 Menschen für die legale Veröffentlichung unseres Parteiprogramms einsetzen. Unsere Partei befindet sich schon jetzt in einer praktischen Durchgangphase von der Illegalität zur Legalität. Diese Periode ist ein Bestandteil unseres Kampfes für die Legalität unserer Partei. Mit der Rückkehr der ZK-Mitglieder wird diese Bewegung noch mehr beschleunigt.

Frage: Wie bewerten die anderen linken Kräfte aus der Türkei diese Rückkehr?

Ahmet Kardam: Bei Rückkehr von N. Sargin und H. Kutlu hatten wir nicht genügend Zeit gehabt, um die linken Kräfte und Parteien vorher zu informieren. Nach der Rückkehr der beiden wurden wir wahrscheinlich auch deshalb von den anderen marxistischen Parteien und Strömungen sehr hart kritisiert. Dieses Mal haben wir eine ganz andere Situation. Sie haben jetzt in der Zwischenzeit die Beweggründe für unsere Ziele und Absichten besser verstanden, und wir informieren sie alle einzeln sehr detailliert über unsere Absichten. Auch diejenigen, die unsere jetzige Rückkehr als falsch einschätzen, sind der Meinung, daß unsere Rückkehr einen sehr wichtigen Beitrag in dem Kampf für die Demokratie und Menschenrechte in der Türkei leisten wird. Sie

bekunden ihre Solidarität mit uns. Diese Verhaltensweise unserer Freunde ermutigt uns in unserem Vorhaben und bestärkt uns.

Frage: Gegen dich ist eine Haftstrafe von neuneneinhalb Jahren verhängt worden, weil du vor dem Militärputsch am 12. September 1980 die TKP-Parteitagdokumentationen von 1977 veröffentlicht hast. Kann man deine Rückkehr nicht als eine „Dummheit“ bezeichnen, weil du ja sowieso ins Gefängnis kommst? Kann bei deiner Rückkehr eine neue Anklage gegen dich erhoben werden?

Ahmet Kardam: Glaube ich nicht. Dann müßte man auch die Rückkehr von Sargin und Kutlu als eine „Dummheit“ bezeichnen. Für Sargin und Kutlu fordert der Staatsanwalt für jeden mindestens 15 Jahre Haftstrafe. Wir sind der Meinung, daß in naher Zukunft die Paragraphen, die die kommunistische Partei verbieten, abgeschafft werden. Das heißt, wenn nicht Sargin und Kutlu je 15 Jahre oder auch mehr Jahre im Gefängnis bleiben müssen, werde auch ich freikommen. Es kann sein, daß ich erneut angeklagt werde, aber wie ich schon erläutert habe, würde dies nichts verändern. Die Zielsetzung der Legalität ist ein wichtiger Bestandteil unserer parteipolitischen Strategie.

Meine Rückkehr gehört zu dieser parteipolitischen Strategie, ist nur ein Teil dessen. Natürlich kehre ich nicht zurück, um über sieben Jahre im Gefängnis zu sitzen. Es kann sein, daß ich eine Zeitlang ins Gefängnis muß, aber ich glaube, daß dieser Zeitraum sehr kurz sein wird. Natürlich ist jede politische Entscheidung ein Risiko. Man könnte aber höchstens sagen, unsere Entscheidung sei „falsch“, aber von einer „Dummheit“ kann man nicht sprechen. Wir sind der Meinung, sie ist nicht falsch. Ich hoffe, daß sich unser Schritt in der Zukunft als richtig bestätigen wird.

Prof. Dipl.-Ing.

Monika Ganseforth

Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0226 / 165545

Friellinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rbge.
Tel. 05032 / 3639

Herrn
Alaattin Taş
Sagmalcilar Ceznevi (L-lipi)
C-4 Blok
Baryrampaşa-Istanbul
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Taş,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Üzal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 165545

Friellinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rbge. 1
Tel. 05032 / 3639

Herrn
Ekrem Çakiroglu
Sıgmalcılar Cezaevi (E-Tipi)
C-4 Blok
Bayrampaşa-Istanbul
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Çakiroglu,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Gansforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 16 55 45

Frieleinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rhge. 1
Tel. 05032 / 36 39

Herrn
Erdal Talu
Sagmaçilar Cozaevi (E-Tipi)
C-4 Blok
Bayrampaşa-Istanbul
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Erdal Talu,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Gansforth

Prof. Dipl.-Ing.

Monika Ganseforth

Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. OkL. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 16 55 45

Frielinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rbge. 1
Tel. 05032 / 98 39

Herrn
Tektaş Ağaoğlu
Sağmalcılar Cezaevi (E-Tipi)
C-4 Blok
Bayrampaşa-Istanbul
TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Ağaoğlu,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Üzal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ VE İKİSTİRMA VAKFI

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth

Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 165545

Frielinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rhde. 1
Tel. 05032 / 3639

Herrn
Nihat Sargin
Merkez Kapali Cezaevi
10. Köyü
Ulucanlar
Ankara / TÜRKİE

Sehr geehrter Herr Sargin,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 165545

Frölinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rhg. 1
Tel. 05032 / 3839

Herrn
Heydar Kutlu
Merkez Kapali Cezaevi
TÜ. Koşuş
Ulucanlar
Ankara / TÜRKİE

Sehr geehrter Herr Kutlu,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Üzal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ KARŞIRMA VAKFI

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 16 55 45

Friellinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rhge. 1
Tel. 05032 / 36 39

Herrn
Mehmet Bozişik
Merkez Kapalı Cezaevi
10. Koşuş
Ulucanlar
Ankara / TÜRKİE

Sehr geehrter Bozişik,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren. Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

Prof. Dipl.-Ing.

Monika Ganseforth

Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228/165545

Frielinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rbge. 1
Tel. 05032/3639

Herrn
Ahmet Kardam
Merkez Kapali Cezaevi
T0. Koçus,
Ulucanlar
Ankara / TÜRKİE

Sehr geehrter Herr Kardam,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

Prof. Dipl.-Ing.
Monika Ganseforth
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, 19. Okt. 1989
Bundeshaus
Tel. 0228 / 165545

Frielinger Str. 32
3057 Neustadt a. Rhge. 1
Tel. 05032 / 3639

Herr
Seref Yildiz
Merkez Kapali Cozaevi
T0. Koguş
Ulucanlar
Ankara / TÜRKİE

Sehr geehrter Herr Yildiz,

wegen Ihrer Inhaftierung und strafrechtlicher Verfolgung durch den türkischen Staat habe ich mich an Ministerpräsident Özal gewandt, um gegen Ihre Inhaftierung zu protestieren.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages habe ich verlangt, daß die Verfolgung aus politischen Gründen beendet wird, die §§ 141, 142 des türkischen Strafgesetzbuches abgeschafft und die Verfolgten freigelassen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung Ihres Verfahrens aufmerksam verfolgen.

Ich erwarte, daß der internationale Druck und mein Protest in Ihrem Fall dazu führen, daß zunächst Ihre unmittelbare Gefährdung verhindert wird und auch Ihre Freilassung erreicht werden kann.

Dem Solidaritätskomitee in Duisburg werde ich eine Kopie meines Schreibens schicken und bitten, daß ich weiter über Ihr Schicksal informiert werde.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganseforth

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.

Die VDJ ist eine Sektion der Association Internationale des Juristes Démocrates (A.I.J.D.) mit Sitz in Brüssel
Die A.I.J.D. ist eine weltweite Organisation mit Konsultativstatus beim Rat für Wirtschaft und Soziales bei der
UNO und der UNESCO

Herrn Ministerpräsidenten
Özal
Basbakanlik
Ankara/Türkei

Regionalgruppe Mainz-Wiesbaden
c/o Reinhard Schütte
Schützenhofstraße 3
6200 Wiesbaden
Tel. 06121/39855

Wiesbaden, den 18.10.89

Erneute Verhaftung von zurückgekehrten politischen Emigranten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Özal,
sehr geehrter Herr Staatspräsident Efen,

aus der Presse haben wir erfahren, daß im September erneut zurückkehrende politische Emigranten verhaftet worden sind und allein wegen des von ihnen in der Vergangenheit ausgeübten Grundrechtes der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit mit Gerichtsverfahren und Haftstrafen rechnen müssen, obwohl sie sich lediglich in demokratischer Weise betätigt haben.

Hiergegen protestieren wir im Namen unserer Regionalgruppe und erwarten die Einhaltung der Menschenrechte und die legale Betätigung aller demokratischen Vereinigungen.

Mit freundlichem Gruß

Reinhard Schütte
Rechtsanwalt

Sekretariat: RA + Notar Joachim Schwammhorn (Vorsitzender der Vereinigung), RAin + Notarin Dr. Ursula Bücken (stellv. Vorsitzende), RA Dr. Karl-Heinz Mölich (Bundessekretär), RA + Steuerberater Gerhard Morstadt (Bundeskassierer), RA Wolfgang Betz, Richter Winfried Kämpel, Gewerkschaftssekretärinnen Eleonora Otto, Maria Wittgen und Margrit Zepf, Prof. Dr. Norman Paech, wiss. Mitarb. Beate Schub, Prof. Dr. Gerhard Stuby, RA + Notar Helmut Tannen, RAin Irene Wollenberg

Im weiteren Vorstand: Vors. RiOLG a. D. Dr. Heinz Düx, RA + Notar Dr. h. c. Heinrich Hannover, Prof. Dr. Manfred Hinz, Rechtsref. Dieter Hummel, RiOLG Dr. Helmut Kramer, Justitiar Dr. Hans-Albert Lennartz, RAin Ursula Mende, Dr. Dr. h. c. Hans Mertens, Justitiar Dr. Henner Wolter

Bundessekretariat: Jürgensplatz 58 · D-4000 Düsseldorf 1 · Telefon (0211) 3 98 26 25

HESSISCHER LANDTAG

6200 WIESBADEN 1, 10.10.1989

SCHLOSSPLATZ 1 · POSTFACH 3240

TELEFON:

SAMMELNUMMER (0 61 21) 3501

DURCHWAHL (0 61 21) 350

TELEX: 4-186222

Herrn
Bundesminister des
Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Konrad-Adenauer-Allee 99-103

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Minister Genscher,

am 22. September 1989 flog der Petitionsausschuß des Hessischen Landtags nach Istanbul. Seine Mitglieder waren Zeugen bei der Festnahme von acht Mitgliedern der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, die in der selben Maschine mitgeflogen waren und auf dem Flughafen von Istanbul von türkischen Sicherheitskräften erwartet wurden.

Wir übersenden Ihnen einen Brief an den Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Herrn Turgut Özal, mit der Bitte, ihn an den Ministerpräsidenten weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Unterzeichner des Briefes:

Frank Beucker

(Frank Beucker)
Landtagsabgeordneter

Anlage

HESSISCHER LANDTAG

6200 WIESBADEN 1,
SCHLOSSPLATZ 1 · POSTFACH 3240
TELEFON:
SAMMELNUMMER (061 21) 3501
DURCHWAHL (061 21) 350
TELEX: 4-186222

Herrn
Ministerpräsident
der Republik Türkei
Turgut Ö z a l

A n k a r a / Türkei

10. Okt. 1989

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 22. September 1989 flog der Petitionsausschuß des Hessischen Landtags von Frankfurt nach Istanbul. An Bord der Maschine befanden sich acht Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), davon vier Mitglieder des Zentralkomitees. Bei den acht Mitgliedern handelt es sich um Aynur Hayrullahoglu, Ahmet Kardam, Seref Yildiz, Fikret Demir, Talat Ulusoy, Fahrettin Filiz, Mehmet Bozsisik und Erdal Talu. Herr Mehmet Bozsisik ist 88 Jahre alt.

Wir Abgeordneten des Hessischen Landtags haben miterlebt, wie diese Mitglieder der TBKP auf dem Flughafen in Istanbul festgenommen wurden. Von den acht Mitgliedern befinden sich Aynur Hayrullahoglu, Fikret Demir und Fahrettin Filiz wieder in Freiheit. Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Bozsisik befinden sich im Polizeihauptquartier Ankara, Talat Ulusoy im Polizeipräsidium Izmir und Erdal Talu im Gefängnis in Istanbul.

Wir sind tief besorgt darüber, daß sie gefoltert werden und lange Zeit keinen Kontakt zu ihren Anwälten und Familienmitgliedern haben könnten.

Wir appellieren an Sie, die noch Inhaftierten freizulassen und darauf hinzuwirken, daß die Strafrechtsparagrafen 141 und 142 getilgt werden.

Frank Beucker
SPD-Fraktion

Günther Becker
SPD-Fraktion

Wolfgang Müller
SPD-Fraktion

Bernd Schleicher
SPD-Fraktion

Karl-Heinz Schmidt
SPD-Fraktion

Lisa Vollmer
SPD-Fraktion

Karl Schneider
SPD-Fraktion

Angela Korwisi
Fraktion DIE GRÜNEN

Daniela Wagner-Pätzhold
Fraktion DIE GRÜNEN

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ANAŞTIRMA VAKFI

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abg. Fritz Rudolf Körper (SPD)
Landtag Rheinland-Pfalz, Postfach 3040, 6500 Mainz 1

Herrn Ministerpräsident
Turgut Özal
Ankara

Türkei

6551 Reborn, den
Im Weiher 5
Tel.: (0 67 53) 37 91

13.10.1989

Reg. Nr. 2./11.10.'89

Betr.: Menschenrechtsverletzung in der Türkei

Sehr geehrter Herr Özal,

immer wieder müssen wir erfahren, daß in Ihrem Lande gegen die Menschenrechte verstoßen wird.

Einmal wieder sind mir einige Vorfälle bekanntgeworden, die ich Ihnen hiermit mitteilen möchte.

Am Freitag, dem 22. September 1989, sind die Herren Erdal Talu, Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Bozisk in ihr Heimatland zurückgekehrt.

Nach meinen Informationen wurden die o. g. Herren sofort nach der Einreise in die Türkei inhaftiert. Dies steht meines Erachtens in einem eklatanten Widerspruch zur UNO-Charta und zur Europäischen Akte.

Ich bitte Sie umgehend, dafür Sorge zu tragen, daß diese betroffenen Menschen umgehend wieder ihre Freiheit erlangen. Ich denke, daß es auch für die Beurteilung Ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich gut wäre, wenn Sie und Ihre Regierung von den Menschenrechtsverletzungen Abstand nehmen würden.

Mit freundlichem Gruß

Fritz Rudolf Körper, MdL

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abg. Fritz Rudolf Körper (SPD)
Landtag Rheinland-Pfalz, Postfach 3040, 6500 Mainz 1

SHP
Erdal İnönü
Genelbaskani
Ankara

Türkei

6551 Rehborn, den 13.10.1989
Im Weiher 5
Tel.: (0 67 53) 3791

Reg. Nr. 3./11.10.'89

Betr.: Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Sehr geehrter Herr İnönü,

vor wenigen Tagen hat mich die Nachricht erreicht, daß am Freitag, dem 22. September 1989 vier türkische Mitbürger aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei zurückkehrten. Offensichtlich wurden die Betroffenen kurz nach ihrer Ankunft in Haft genommen. Es handelt sich hierbei um die Herren Ahmet Karam, Erdal Talu, Seref Yıldız und Mehmet Bozistik.

Gerne hätte ich Sie gebeten, sich einmal um das Schicksal dieser Männer zu kümmern. Für uns wäre es sehr wünschenswert, daß es in der Türkei in Zukunft nicht mehr zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Ihnen heute schon für Ihre Mithilfe dankend, verbleibe ich

mit freundlichem Gruß

Fritz Rudolf Körper, MdL

DGB Kreis Nahe-Hunsrück · Salinenstraße 37 · 6550 Bad Kreuznach

Salinenstraße 37
6550 Bad Kreuznach
☎ (06 71) 3 30 31 u. 3 30 32

Sprechzeiten der Rechtsstelle
nach vorheriger telefonischer
Vereinbarung.

S H P

Erdal İnönü
Genelbaskanı

A n k a r a

T ü r k e i

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

sch/de

03. 10. 1989

Betrifft:

Sehr geehrter Herr İnönü,

man hat mich davon unterrichtet, daß am Freitag, den 22. September 1989 vier Ihrer Landsleute aus der Bundesrepublik Deutschland in die Türkei zurückkehrten.

Es handelt sich um die Herren

Ahmet Kardam
Erdal Talu
Seref Yildiz
Mehmet Bozısık

Es gilt diesen Herren Aufmerksamkeit zu widmen und ggfs. Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

Dafür möchten wir schon vorab sehr herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schick

DGB Kreisvorsitzender

Bankverbindung: Sparkasse Bad Kreuznach
(BLZ 560 501 80)
Konto-Nr. 113 001

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich
an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen
zu richten.

DGB Kreis Nahe-Hunsrück · Salinenstraße 37 · 6550 Bad Kreuznach

Salinenstraße 37
6550 Bad Kreuznach
☎ (06 71) 3 30 31 u. 3 30 32

Sprechzeiten der Rechtsstelle
nach vorheriger telefonischer
Vereinbarung.

An

Seine Exzellenz

Herrn Resat A r i m

Botschafter der Republik Türkei

Utestraße 47

5300 B o n n 2

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen
sch/de

Datum
03. 10. 1989

Betrifft:

Sehr geehrte Exzellenz,

wir haben in der jüngsten Vergangenheit schon mehrmals Anlaß gehabt, auf die Verstöße der Menschenrechte in der Türkei hinweisen zu müssen.

Es gibt erneut Anlaß, auf Vorfälle zu verweisen, die wir als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Sorge zur Kenntnis nehmen mußten.

Am Freitag, den 22. September 1989 sind die Herren

Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisik

in ihr Heimatland zurückgekehrt. Nach unseren Informationen bemühen sich diese Herren, in der Türkei das Recht auf freie Meinungsäußerung, eine freiheitliche Demokratie durchzusetzen und die fehlenden Menschenrechte zu bekämpfen. In der UNO-Charta und in der Europäischen Akte werden auch dem türkischen Volk diese Rechte zuerkannt.

Die Inhaftierung der o. g. Herren, kurz nach der Einreise in ihr Heimatland, steht in einem eklatanten Widerspruch zur UNO-Charta und zur Europäischen Akte.

Bitte widmen Sie Ihre Aufmerksamkeit u. a. auch diesen Männern und sorgen Sie dafür, daß ihnen die Freiheit umgehend wieder zugestanden wird. Die Freiheit soll zudem all jenen gewährt werden, die aus o. g. Gründen z. Zt. noch in der Türkei inhaftiert sind.

Wir rechnen mit Ihrer Hilfe und Unterstützung und bedanken uns vorab hierfür recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schick

DGB Kreisvorsitzender

Bankverbindung: Sparkasse Bad Kreuznach
(BLZ 560 501 80)
Konto-Nr. 113 001

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich
an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen
zu richten.

DGB Kreis Nahe-Hunsrück · Salinenstraße 37 · 6550 Bad Kreuznach

Salinenstraße 37
6550 Bad Kreuznach
☎ (06 71) 3 30 31 u. 3 30 32

Sprechzeiten der Rechtsstelle
nach vorheriger telefonischer
Vereinbarung.

Herrn Ministerpräsident

Turgut Özal

Ankara

Türkei

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

sch/de

03. 10. 1989

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Özal,

wir haben in der jüngsten Vergangenheit schon mehrmals Anlaß gehabt, auf die Verstöße der Menschenrechte in der Türkei hinweisen zu müssen.

Es gibt erneut Anlaß, auf Vorfälle zu verweisen, die wir als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Sorge zur Kenntnis nehmen mußten.

Am Freitag, den 22. September 1989 sind die Herren

Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisk

in ihr Heimatland zurückgekehrt. Nach unseren Informationen bemühen sich diese Herren, in der Türkei das Recht auf freie Meinungsäußerung, eine freiheitliche Demokratie durchzusetzen und die fehlenden Menschenrechte zu bekämpfen. In der UNO-Charta und in der Europäischen Akte werden auch dem türkischen Volk diese Rechte zugesichert.

Die Inhaftierung der o. g. Herren, kurz nach der Einreise in ihr Heimatland, steht in einem eklatanten Widerspruch zur UNO-Charta und zur Europäischen Akte.

Bitte widmen Sie Ihre Aufmerksamkeit u. a. auch diesen Männern und sorgen Sie dafür, daß ihnen die Freiheit umgehend wieder zugestanden wird. Die Freiheit soll zudem all jenen gewährt werden, die aus o. g. Gründen z. Zt. noch in der Türkei inhaftiert sind.

Wir rechnen mit Ihrer Hilfe und Unterstützung und bedanken uns vorab hierfür recht herzlich.

Bankverbindung: Sparkasse Bad Kreuznach
(BLZ 560 501 80)
Konto-Nr. 113 001

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schick

DGB Kreisvorsitzender

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich
an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen
zu richten.

DGB Kreis Nahe-Hunsrück · Salinenstraße 37 · 6550 Bad Kreuznach

Salinenstraße 37
6550 Bad Kreuznach
☎ (06 71) 3 30 31 u. 3 30 32

Sprechzeiten der Rechtsstelle
nach vorheriger telefonischer
Vereinbarung:

An den
Europaabgeordneten
Kurt Vittinghoff
im Hause

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

sch/de

03. 10. 1989

Betrifft:

Lieber Kurt,

der DGB Kreis Nahe-Hunsrück hat in der jüngsten Vergangenheit schon mehrmals den Botschafter der Republik Türkei, seine Exzellenz Herrn Resat Arim in Bonn, auf Mißachtung der Menschenrechte in seinem Land hinweisen müssen.

Neue Kenntnisse von Menschenrechtsverstößen in der Türkei hat uns erneut veranlaßt, an die politisch Verantwortlichen in der Türkei und erneut beim Botschafter der Republik Türkei schärfsten Protest einzulegen mit der Aufforderung, die UNO-Charta und die Europäische Akte zu beachten und auch in ihrem Lande entsprechend umzusetzen.

Am 22. September 1989 reisten 4 Türken in ihre Heimat, um gemeinsam mit vielen anderen, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und eine freiheitliche Demokratie durchzusetzen. Nach unseren Informationen wurden die Herren

Erdağ Telli
Ahmet Karđam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisik

kurz nach ihrer Ankunft in ihrer Heimat inhaftiert.

Wir forderten ihre sofortige Freilassung und die Freilassung aller Inhaftierten, die aus o. g. Gründen in den Gefängnissen in der Türkei sitzen.

Wir sprachen uns auch dafür aus, daß eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Gemeinschaft erst dann erfolgen sollte, wenn sichergestellt ist, daß der Demokratisierungsprozeß in der Türkei, die Einhaltung der Menschenrechte und das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet wird.

Bankverbindung: Sparkasse Bad Kreuznach
(BLZ 560 501 80)
Konto-Nr. 113 001

Wir bitten Dich, den Inhalt dieses Briefes, gemeinsam mit
Deinem sicherlich großen Wissen über Verstöße obiger Art
in der Türkei, zum Anlaß zu nehmen, Deine Möglichkeiten als
Europaabgeordneter zu nutzen, daß der Demokratisierungsprozeß
in der Türkei vorangetrieben wird.

Für Deine Bemühungen vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schick

DGB Kreisvorsitzender

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

DIE GRÜNEN

Bad Kreuznach, den 26. 9. 1989

Bad Kreuznach
- Stadtratsfraktion -

c/o Monika Meyer
Reitschule 19
6550 Bad Kreuznach

An den
Herrn Ministerpräsident Özal

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie wir aus der Presse erfahren haben, wurden verschiedene Politiker bei der Rückkehr in ihre türkische Heimat verhaftet und in das Gefängnis gebracht.

Dabei handelt es sich um folgende Personen:

Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisik
Alaattin Tas
Halil Bastan
Aynur Hayrullahoglu.

Wir bitten Sie höflich um Freilassung dieser Gefangenen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Meyer
Fraktionsvorsitzende

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale

LIGA

für Menschenrechte

im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin 12

☎ (030) 324 36 88

Bürozeiten Montag und Donnerstag
17.00 - 19.00 Uhr

B A S I N A Ç I K L A M A S I

Postgirokonto Berlin-West 3024-107
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 100 101 11, Kto.-Nr. 100-4558 300

ULUSLARARASI İNSAN HAKLARI BİRLİĞİ

Uluslararası İnsan Hakları Birliği olarak Türkiye'ye dönen politik sığınmacı Ahmet Kardam ve Şeref Yıldız'ın hakları hakkında çok büyük endişe içindeyiz.

Her ikisi de 1980 yılındaki askeri darbeden sonra Türkiye'den kaçmışlardı. O zamandan bu yana Ahmet Kardam Berlin'de, Şeref Yıldız ise İsveç'te politik göçmen olarak yaşıyorlardı.

Ahmet Kardam ve Şeref Yıldız 22.9.1989 tarihinde başka sekiz politik göçmenle birlikte sürgünden İstanbul'a geri döndüler. Her ikisi de 1988 yılında sürgünde kurulan Türkiye Birleşik Komünist Partisi'nin (TBKP) Merkez Komitesi üyesidiler. Onlar bu yurda dönüş adımlarıyla Türkiye'deki demokratikleşme sürecine katkıda bulunmak istiyorlardı. Onlar partilerinin Türkiye'de yasallaşmasını ve Türk Ceza Yasasının düşüncüyü suç sayan 141. ve 142. maddelerinin kaldırılmasını umuyorlardı.

Ahmet Kardam ve Şeref Yıldız İstanbul'a vardıklarında derhal gözaltına alınmış ve Ankara Emniyet Müdürlüğüne götürülmüşlerdir. O zamandan bu yana ne avukatları ne de yakınları onlarla ilişki kurma olanağı bulmuşlardır. Türk Ceza Muhakemeleri Usul Kanunu'nun en geç 48 saat içinde hakim önüne çıkarılmayı öngörmesine rağmen , onlar halen hakim önüne çıkarılmamışlardır. Her bakımdan hukuka aykırı olan bu davranış onlara orada işkence yapıldığı konusunda bizde endişe yaratmaktadır. Bu yaklaşım, ekteki belgelerden de anlaşılacağı üzere 25.9.1989 tarihinde Londra'da acil eylem hareketini başlatan Uluslararası Af Örgütü genel merkezince de paylaşılmaktadır.

Ehrenpräsident: Prof. Carl-Heinz Evers - Präsidentin: Eleonore Kujawa - Vizepräsidentin: Veronika Arendt-Rojahn - Vizepräsident: Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Die Carl-von-Ossietzky-Medaille wurde bisher verliehen an: Otto Lehmann-Russbusch (1962), Rudolf Küstermeier (1963), Joseph Wolf (1964), Probst Dr. Heinrich Grüber (1965), Fritz von Unruh (1966), Günter Grass (1967), Kai Hermann (1969), Dr. Robert M. W. Kempner (1969), Prof. Dr. Walter Fabian (1970), Walter Schulze - für den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg (1971), Carola Stern - amnesty international (1972), Prof. D. D. Helmut Gollwitzer (1973), Heinrich Böll (1974), Heinrich Albertz (1975), Betty Williams, Mairead Corrigan, Claran McKeown (1976), Willi Bleicher, Dr. Helmut Simon (1977), Dr. Rudolf Bahro (1978), Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Fritz Eberhard (1979), Dr. Ingeborg Drewitz (1980), Gert Bastian (1981), William Borm (1982), Heinz Brandt, Martin Niemöller (1983), Günter Wallraff (1984), Lea Rosh (1985), Erich Fried (1986), Eberhard Carl, Eckart Rotka, Imme Storberg (1987), Dr. Klaus Bednarz (1988).

-2-

Avrupa Parlamentosu'ndaki değişik parti gruplarından milletvekillerinin uluslararası düzeydeki protestolarına ve çeşitli insan hakları örgütlerinin ve Fransa, İngiltere, Danimarka, Yunanistan ve Batı Almanya'dan parlamenterlerin uluslararası inisiyatiflerine rağmen gözaltındaki bu iki kişinin durumuyla ilgili kesin bilgiler elde edilememiştir. Bu durum, 2.10.1989 tarihinde Avrupa İnsan Hakları Komisyonu'na harekete geçmesi için dilekçeyle başvuran Strassburg'lu avukat Richard Techel tarafından da gösterilmiştir.

Daha 27. Eylül 1989 tarihinde T.C. Başbakan'ı Turgut Özal Avrupa Konseyi Parlamenterler toplantısında insan hakları konusunda Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi'nin yargı yetkisini kabul edeceğini bildirmişti. Özal Strassburg'daki bu konuşmasında ülkesinde politik tutuklu bulunmadığını iddia etmişti.

Türkiye'deki yetkili makamların Kardam ve Yıldız konusundaki davranışları bir kez daha onları Türkiye'nin de izzaladığı uluslararası anlaşmalarla ve tabii ki Başbakan Özal'ın Strassburg'da yaptığı açıklamalarla da açıkça çelişkiye düşürmüştür.

Uluslararası İnsan Hakları Birliği bu kişilerin derhal serbest bırakılmalarını ve ya hiç olmazsa hukuk devleti ilkelerine uygun ve dürüst yargılama koşullarınının sağlanmasını talep etmektedir.

Biz, Türk Başbakan'ından gözaltında tutulan bu kişilerin insan haklarına uygun bir şekilde muameleye tabi tutulmaları ve avukat ve yakınlarıyla görüşmelerinin daha fazla engellenmesini önlemek için gerekli ortamı sağlamasını bekliyoruz.

Bu basın açıklamasının birer örneği aşağıdaki kişi ve kuruluşlara gönderilmiştir:

T.C. Başbakanı Turgut Özal

T.C Bonn Büyükelçiliği

T.C. Batı Berlin Başkonsolosluğu

Avrupa Konseyi Sekreterliği

FAC Dışişleri Bakanı sayın Genscher

Dışişleri Bakanı sayın Genscher'den gözaltındaki bu kişilerle ilgilenmesini rica ediyoruz.

Berlin, 4.10.1989

Veronika Arendt-Rojahn
Başkan Yardımcısı

Veronika Arendt-Rojahn

5300 Bonn 1 28.09.89

Bundeshaus

Fernruf 16 9161.....

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Angelika Beer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ministerpräsident
Turgut Özal
Kanzlei des Ministerpräsidenten
Basbakanlik
Ankara
Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 22. September 1989 sind vier im Exil lebende Mitglieder des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei und vier weitere Mitglieder dieser Partei aus verschiedenen europäischen Ländern in die Türkei zurückgekehrt.

Mir wurde mitgeteilt, daß Erdal Talu, Mehmet Bozsisik, Seref Yildiz und Ahmet Kardam bei ihrer Ankunft verhaftet wurden und seitdem im Polizeipräsidium Ankara gefangen gehalten werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als Mitglied des Europarates habe ich gestern in Strasbourg Ihre Rede vor diesem Gremium verfolgt. Sie haben eine flammende Rede für die Menschenrechte gehalten, ja, haben gegenüber dem Europäischen Gerichtshof erklärt, daß Sie diesen nunmehr anerkennen.

Jedes Wort Ihres Beitrages widerspricht jedoch der Praxis in Ihrem Land. Und für diese grausame Praxis tragen Sie die Verantwortung. Ihre Behörden verweigern bislang, Auskunft über das Befinden der oben genannten Betroffenen zu geben. Ich sorge mich um das Leben dieser Menschen, wie auch um das Leben so vieler, die in der Türkei unterdrückt und in Polizeigewahrsam gehalten werden.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Betroffenen umgehend die juristischen und menschlichen Rechte zu gewähren. Ferner bitte ich um schnellste Darlegung Ihrerseits, mit welcher Begründung Sie diesen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat verhindern wollen.

Sie haben sich vor dem Europarat zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Ich beabsichtige, Sie beim Wort zu nehmen und diese wie auch weitere Vorfälle vor dem Europarat zur Sprache zu bringen.

In Erwartung Ihrer Antwort

(Angelika Beer, MdB)

Renate Schmidt (Nürnberg), MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Telefon: 0228/167338
7388

Sozialistische Fraktion im
Europäischen Parlament
z. H. Willi Rothley
stv. Vors. des Ausschusses für
Bürgerrechte
Palais d'Europe

F-67006 Strasbourg

Nürnberg den 26.09.89

Lieber Genosse Rothley,
liebe Genossinnen und Genossen MdEP's,

morgen wird der türkische Ministerpräsident Özal vor dem
Europaparlament reden. Vielleicht ergibt sich für Euch die
Möglichkeit, ihn auf eine seit wenigen Tagen entstandene
bedrückende Situation anzusprechen, auf die mich Nürnberger
türkische Mitbürger aufmerksam gemacht haben.

Vier Mitglieder des Zentralkomitees der TBKP sind vor wenigen
Tagen in die Türkei zurückgekehrt. Es handelt sich um Erdal Talu,
Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Bozisik. Seit ihrer Rückkehr
haben weder ihre hier verbliebenen Freunde noch die Anwälte in der
Türkei Kontakt zu ihnen. Es ist zu befürchten, daß für diese
Politiker Gefahr der Folter und der Gefängnishaft besteht.

Sorge besteht darüber hinaus für Fikret Demir, Fahrettin Yildiz,
Talat Ulusoy und Halil Bastan.

Ich hoffe, daß es Euch möglich sein wird, gerade in Bezug auf
diese zu befürchtenden neuerlichen Fälle von
Menschenrechtsverletzungen auf den türkischen Ministerpräsidenten
einzuwirken.

Für Eure Bemühungen herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen
Eure

Renate Schmidt MdB

TÜRKIYE SOSYAL TARİHİ PAŞTIRMA VAKFI

DGB Kreis Nahe-Hunsrück - Salinenstraße 37 - 6550 Bad Kreuznach

Salinenstraße 37
6550 Bad Kreuznach
☎ (06 71) 3 30 31 u. 3 30 32

Sprechzeiten der Rechtsstelle
nach vorheriger telefonischer
Vereinbarung.

An

Seine Exellenz

Herrn Resat A r i m

Botschafter der Republik Türkei

Utestraße 47

5300 B o n n 2

Bezeichnet

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

sch/de

23. August 1989

Betreff:

Sehr geehrte Exellenz,

sehr nachdenklich stimmen uns die Informationen u. a. über die Medien, daß in der Türkei der Druck auf politisch Inhaftierte in den Gefängnissen noch immer nicht aufhört. Druck, sehr geehrte Exellenz, diese Ausdrucksform ist von mir noch sehr milde gewählt.

Der Demokratisierungsprozeß und die unabdingbare Einhaltung der Menschenrechte für die politisch inhaftierten Gefangenen in der Türkei, ist für den Deutschen Gewerkschaftsbund Maßstab aller Dinge.

Tote und schwerverletzte politische Gefangene, die Opfer von politischem Terror wurden, müssen wir aus eigenen bitteren geschichtlichen Erfahrungen auf das entschiedenste ablehnen.

Wir erhoffen uns, sehr geehrte Exellenz, nicht nur Ihr Verständnis zu unserer Position in dieser Angelegenheit sondern auch, Ihren Möglichkeiten entsprechend, Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Schick

DGB Kreisvorsitzender

Bankverbindung: Sparkasse Bad Kreuznach
(BLZ 560 50180)
Konto-Nr. 113 001

Wir bitten, Zuschriften ausschließlich
an obige Anschrift und nicht an Einzelpersonen
zu richten.

amnesty international

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Postfach 17 02 29 5300 Bonn 1
Telefon: (02 28) 65 09 81 Telex: 8 86 539
Telefax: (02 28) 63 00 36

**URGENT
ACTION**

EXTERN

UA 370/89

ai Index: EUR 44/109/89

25. September 1989 - emt

DROHENDE FOLTER

Türkei: Ahmet Kardam (44 Jahre), Seref Yildiz (Gewerkschaftsfunktionär), Mehmet Bozisk (88)

Am 22. September 1989 kehrte eine Gruppe türkischer Staatsbürger aus dem Exil in die Türkei zurück, unter ihnen auch die drei hier genannten Personen. Zuvor hatten sie in aller Öffentlichkeit ihre Rückkehrabsichten bekanntgegeben und sich dazu bekannt, der verbotenen Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei (TBKP) anzugehören. Bei ihrer Ankunft wurden sie an Ort und Stelle verhaftet und auf die Polizeihauptwache in Ankara gebracht, wo sie bislang ohne Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu Angehörigen bzw. Rechtsbeiständen festgehalten werden. Es ist zu befürchten, daß sie gefoltert werden.

Im Oktober 1987 schlossen sich die beiden in der Türkei verbotenen Parteien TKP (Türkische Kommunistische Partei) und TIP (Türkische Arbeiterpartei) zur TKBP zusammen. Im November kehrten die Parteiführer Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin in die Türkei zurück und sind seither dort in Haft. Beide gaben an, während der Haft ohne Außenkontakt (Incomunicado-Haft) in der Polizeihauptwache in Ankara gefoltert worden zu sein.

Die TKP ist praktisch seit ihrer Gründung in den 20er Jahren illegal und hat während ihres Bestehens seit über 60 Jahren immer vom Ausland her Einfluß ausgeübt. Immer wieder sind Parteimitglieder Opfer von Verfolgungswellen geworden, und insbesondere nach dem Militärputsch im September 1980 war die Partei eines der Hauptangriffsziele der Militärbehörden. Daraufhin sind zahlreiche Parteifunktionäre ins Exil gegangen. In der Türkei selber kam es zu unzähligen Festnahmen; Gefangene wurden gefoltert, vor Gericht gestellt und verurteilt. Nach dem Putsch wurde auch die TIP verboten, ihre Angehörigen verfolgt und inhaftiert. Keine der beiden Parteien hat jemals Gewalt propagiert, geschweige denn damit ihre Politik durchgeführt. Zahlreiche Angehörige beider Parteien hat amnesty international als gewaltlose politische Gefangene adoptiert.

HINTERGRUNDINFORMATION

Die Türkei hat die Europäische Antifolterkonvention am 25. Februar 1988 ratifiziert. Am 2. August 1988 ratifizierte sie außerdem das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die Folter. Alle amnesty international zur Verfügung stehenden Informationen deuten jedoch daraufhin, daß Folter in der Türkei immer noch weiträumig und systematisch Anwendung findet. Folterwürfe gibt es auch nach der Machtübernahme an eine Zivilregierung im Jahre 1983. Die meisten Vorwürfe beziehen sich auf die Mißhandlung von Gefangenen in Polizeigewahrsam, wenn ihnen während der ersten Verhöre in der Regel der Kontakt sowohl zu Familienangehörigen als auch zu einem Rechtsbeistand untersagt wird. Unter der jetzigen Gesetzgebung beträgt die höchstzulässige Haftdauer, bevor es überhaupt zu einer förmlichen Anklage oder Freilassung kommt, 24 Stunden; falls drei oder mehrere Verdächtige in den betreffenden Fall verwickelt sind bzw. "der Art der Straftat" entsprechend, kann sie auf 15 Tage ausgedehnt werden. Dieser Zeitraum kann in Notstandsgebieten bzw. Gebieten unter Kriegsrecht auf 30 Tage ausgedehnt werden.

EMPFOLHENE AKTIONEN: Schreiben Sie bitte Telexe, Telegramme, Fax- bzw. Telebriefe, Luftpost- oder Eilbriefe, in denen Sie

- * die unverzügliche Freilassung der gewaltlosen politischen Gefangenen Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Boziskil verlangen;
- * die Forderung erheben, ihnen Möglichkeiten zu schaffen, daß sie mit Familienangehörigen und Anwälten in Verbindung treten können;
- * darum ersuchen, daß man ihnen die gegen sie vorliegenden Anklagepunkte mitteilen möge.

APPELLE AN:

Ministerpräsident Turgut Özal, Kanzlei des Ministerpräsidenten, Basbakanlik, Ankara, TÜRKIEI

Telegramme: =tlx42293= ministerpräsident özal, ankara/türkei

Telefax: (00 90 42) 30 88 96

Telex: 0607 42 203 sfa tr
0607 42293 bba tr
0607 44061 bbmt tr
0607 44062 bbmt tr
0607 44063 bbmt tr

Ankara Emniyet Müdürü, Mehmet Agar, Polizeipräsident, Ankara, TÜRKIEI
(Polizeipräsident)

Telegramme: emniyet muduru, ankara/türkei

KOPIEN AN:

Kanzlei der Botschaft der Republik Türkei

Utestraße 47

5300 Bonn 2

Telex: 88 55 21 und 88 55 96

Telefax: (02 28) 34 83 73

BITTE SCHREIBEN SIE IHRE APPELLE SO BALD WIE MÖGLICH. DA INFORMATIONEN IN URGENT ACTIONS SCHNELL AN AKTUALITÄT VERLIEREN KÖNNEN, BITTEN WIR SIE, NACH DEM 25. OKTOBER 1989 KEINE APPELLE MEHR ZU VERSENDEN.

- Bitte reagieren Sie sofort, wenn Sie diesen Brief erhalten, und beachten Sie die Empfehlungen zu jedem Einzelfall.
- Ihre Briefe sollten freundlich formuliert sein. Stellen Sie klar heraus, daß Ihr Einsatz für die Menschenrechte in keiner Weise parteipolitisch gebunden ist. Weisen Sie gegebenenfalls auf Bestimmungen internationaler Abkommen hin, wie beispielsweise auf die folgenden Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:
Art. 3: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“
Art. 5: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“
Art. 9: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“
- Sie können den Namen von amnesty international erwähnen, wenn es nicht anders vermerkt ist. Briefe mit

persönlichem oder beruflichem Bezug haben jedoch oft größere Wirkung.

- Bitte senden Sie Kopien Ihrer Appelle mit einem Anschreiben an die entsprechende Botschaft.
- In urgent-action-Fällen muß amnesty international im Interesse der betroffenen Personen schnell handeln. Eine urgent action wird dann herausgegeben, wenn ai glaubt, über zuverlässige und genaue Informationen zu verfügen. Wichtige neue Informationen werden jedem Teilnehmer einer urgent action mitgeteilt.
- Kopien von Antwortschreiben sollten Sie sofort weiterleiten an:
amnesty international
Sektion der Bundesrepublik Deutschland
- urgent actions -
Postfach 170 229, 5300 Bonn 1
Danken Sie der Behörde oder Person für ihre Antwort und bitten Sie darum, weiterhin über den Fall informiert zu werden.

Abs :

Name :.....

Vorname :.....

Adresse :.....

.....

.....

Unterschrift :

Pul

BAŞBAKAN

(Ministerpräsident)

Herrn TURGUT ÖZAL

A n k a r a

T Ü R K E İ

TÜRKİYE SOSYAL TARİH PRASİDİA VAKFI
TÜSTAV

- BEACHTUNG DER MENSCHENRECHTE...
- MEINUNGS - UND ORGANISATIONSFREIHEIT...
- FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN...
- FREIE RÜCKKEHR DER POLITISCHEN IMMIGRANTEN DER TÜRKEI IN IHRE HEIMAT...
- STOPT DIE UNTERDRÜCKUNG DER KURDISCHEN BEVÖLKERUNG IN DER TÜRKEI...

TÜRKİYE HOYAL TUTAV İNŞA ARŞTIRMA VAKFI

5300 Bonn 1 28.09.89

Bundeshaus

Fernruf 18 9161

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewöhnlichen Häufigkeitsanruf.
Kommt ein Anruf nicht zustande, bitte Nr. 181 (Bundeshausvermittlung) anrufen.

Angelika Beer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ministerpräsident
Turgut Özal
Kanzlei des Ministerpräsidenten
Basbakanlik
Ankara
Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 22. September 1989 sind vier im Exil lebende Mitglieder des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei und vier weitere Mitglieder dieser Partei aus verschiedenen europäischen Ländern in die Türkei zurückgekehrt.

Mir wurde mitgeteilt, daß Erdal Talu, Mehmet Bozsisik, Seref Yildiz und Ahmet Kardam bei ihrer Ankunft verhaftet wurden und seitdem im Polizeipräsidium Ankara gefangen gehalten werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als Mitglied des Europarates habe ich gestern in Strasbourg Ihre Rede vor diesem Gremium verfolgt. Sie haben eine flammende Rede für die Menschenrechte gehalten, ja, haben gegenüber dem Europäischen Gerichtshof erklärt, daß Sie diesen nunmehr anerkennen.

Jedes Wort Ihres Beitrages widerspricht jedoch der Praxis in Ihrem Land. Und für diese grausame Praxis tragen Sie die Verantwortung. Ihre Behörden verweigern bislang, Auskunft über das Befinden der oben genannten Betroffenen zu geben. Ich sorge mich um das Leben dieser Menschen, wie auch um das Leben so vieler, die in der Türkei unterdrückt und in Polizeigewahrsam gehalten werden.

Ich fordere Sie deshalb auf, den Betroffenen umgehend die juristischen und menschlichen Rechte zu gewähren. Ferner bitte ich um schnellste Darlegung Ihrerseits, mit welcher Begründung Sie diesen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat verhindern wollen.

Sie haben sich vor dem Europarat zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Ich beabsichtige, Sie beim Wort zu nehmen und diese wie auch weitere Vorfälle vor dem Europarat zur Sprache zu bringen.

In Erwartung Ihrer Antwort

(Angelika Beer, MdB)

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ PASFIRMA VAKFI TÜSTAN PASFIRMA VAKFI

Handwritten signature

Sektion Berlin (West) der International League for Human Rights, New York,
akkreditiert bei den Vereinten Nationen,
Mitglied der Fédération Internationale des Droits de l'Homme/Paris

Internationale

Liga

für Menschenrechte

Im Geiste von Carl von Ossietzky

Int. Liga für Menschenrechte e.V., Mommsenstr. 27, D-1000 Berlin 12

☎ (030) 324 36 88

Bürozellen: Montag und Donnerstag
17.00 - 19.00 Uhr

Postgk-Konto Berlin-West 3024 107

Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 101 11, Kto. Nr. 100 1559 001

An den
Ministerpräsidenten der Türkei
Turgut Özal
Büro des Ministerpräsidenten
Başbakanlık,
Ankara

Herr Präsident,

mit großer Bestürzung haben wir erfahren, daß die türkischen Staatsangehörigen Mahmut Bozisk, Ahmet Kardam, Erdal Talu, Alaattin Tas, Serif Yildiz und Talat Ulusoy, die am Freitag, den 22. September 1989 aus dem Exil in die Türkei zurückgekehrt sind, noch am Flughafen in Istanbul verhaftet worden sind.

Sorgen bereitet uns insbesondere das Schicksal von Mahmut Bozisk, Ahmet Kardam, Talat Ulusoy und Serif Yildiz. Diese Verhafteten wurden in das Polizeipräsidium von Ankara bzw Izmir überführt. Ihren Anwälten und Angehörigen wurde bisher jede Kontaktaufnahme verweigert. Einem Richter wurden sie bisher nicht vorgeführt. Dieses in jeder Hinsicht ungesetzliche Vorgehen gibt Anlaß zu der Befürchtung, daß die Verhafteten in der Polizeihaft gefoltert werden.

Sie selbst haben in der Öffentlichkeit wiederholt erklärt, daß eine den Gesetzen entsprechende Behandlung von Verhafteten in der Türkei gewährleistet sei, insbesondere daß Verhaftete jederzeit das Recht und die Möglichkeit hätten, mit einem Anwalt Kontakt aufzunehmen.

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie umgehend dafür Sorge tragen,

daß die Verhafteten unter Beachtung der Menschenrechte behandelt werden,
daß den Angehörigen sowie den Anwälten die Kontaktaufnahme zu den Verhafteten nicht länger verweigert wird,
daß die türkische Verfassung beachtet und die Verhafteten einem gesetzlichen Richter vorgeführt werden und daß ihnen der Haftgrund mitgeteilt wird.

Handwritten signature

Präsidentin: Ingrid Isenhardt (1989) - Präsidentin: Ekaterina Kopova - Vizepräsidentin: Veronika Arendt-Rojahn - Vizepräsident: Prof. Dr. Gábor K. Borók (1989)
Berlin, den 27.09.1989
Präsident: Hermann Ruschjohel (1982) - Präsident: V. Arendt-Rojahn - Präsident: Dr. Helmut Gruber (1985)
Präsident: Dr. Gábor K. Borók (1986) - Präsident: Dr. Robert M. W. Kempner (1985) - Prof. Dr. Walter Fabian (1970) - Walter Schulze - für den internationalen Menschenrechtskongress (1971) - Gerd Stein - Amnesty International (1972) - Prof. Dr. D. D. Helmut Gelpke (1973) - (Vizepräsidentin) - Betty Williams (1975) - Gábor K. Borók (1976) - Will Riederer, Dr. Helmut Simon (1977) - Dr. Rudolf Bahro (1978) - Axel Eggebrecht, Prof. Dr. Fritz Eberhard (1979) - Dr. Ingeborg Drewitz (1980) - Gert Eberhard (1981) - Wolfgang Brandt (1982) - Heinz Brandt, Martin Haenel (1983) - Guntar Wallat (1984) - Leo Resh (1985) - Erich Fried (1986) - Eberhard Carl, Eckart Hoff (1987) - Wolfgang Isenhardt (1988) - Erich Isenhardt (1989)

Presstjänsten.

Informationssekreterare Brit Rundberg, riksdagsgruppen. Telefon 08-786 46 57. Telefax 08-21 33 53

Stockholm, September 29 1989

Prime Minister Özal

Dear Sir,

We are informed that Seref Yildiz who was living in Sweden as a political refugee and his two comrades Ahmet Kardam and Mehmet Bozisik are detained and taken to the Ankara police headquarters immediately after their arrival to Turkey on the 22nd of September. Since then they have been held without access to their lawyers and relatives.

Considering widespread allegations of torture and ill-treatment in police custody we are deeply concerned about their state and their fate. That is why we feel it to be our duty to call upon you to grant them access to their lawyers and relatives. We also appeal to you to inform us about charges against them and request immediate and unconditional release of Seref Yildiz, Ahmet Kardam and Mehmet Bozisik as prisoners of conscience.

The parliamentary group of
the Left Party the Communists of Sweden

Bertil Måbrink
Chairman

Kreuznacher Friedensbündnis
c/o Jochen Knödler
Brückes 20
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, den
2. Oktober 1989

Herrn Ministerpräsident
Turgut Özal

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie wir erfahren haben, wurden am Freitag, den 22. September 1989 auf dem Flughafen in Istanbul eine Gruppe türkischer Rückkehrer von der Polizei verhaftet.

Es handelt sich dabei um vier Mitglieder des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, Erdal Talu, Ahmet Kardam, Seref Yildiz und Mehmet Bozsisik, das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Banken Fikret Demir, das ehemalige Vorstandsmitglied im Architektenverband Izmir, Talat Ulusoy, sowie Aynur Hayrullahoglu und Fahrettin Filiz.

Mit diesen Verhaftungen wird eine Politik fortgesetzt, wie wir sie bereits seit Dezember 1987 mit den Verhaftungen von Haydar Kutlu und Nihat Sargin zur Kenntnis nehmen mußten und schon seinerzeit dagegen protestiert haben.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller genannten Gefangenen, soweit dies nicht bereits geschehen ist. Wir fordern ferner Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei, keine Folterungen von Verhafteten.

Die Türkei wird für uns erst dann wieder ein demokratischer Staat sein, wenn Friedensfreunde, Gewerkschafter, Kommunisten und andere, die mit der Regierungsmeinung nicht übereinstimmen, sich wieder frei äußern und betätigen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. *Jochen Knödler*

Nürnberg, 27.09.1989

Mr. Turgut Üzal
Prime Minister
of the Turkish Republic

Europe Parliament

Strasbourg - FRANCE

Sayın Başbakan,

F. Almanya Cumhuriyeti'nin Nürnberg kentinde yaşayan biz Türkiyeli göçmen işçiler ülkemizdeki gelişmeleri yakından izliyoruz. Ülkemizin Avrupa aile topluluğu içinde saygın bir konuma sahip olabilmesi için demokrasi ve insan hakları alanlarında atacağı her adıma büyük değer biçiyoruz. Yurdumuzdan uzakta çalışan ve yaşayan bizler, evrensel değerler olarak demokrasiye ve insan haklarına verilen önemin ülkemiz topraklarında da hiçbir ayırım gösterilmeksizin gerçekleştirilmesi gerektiği düşüncesindeyiz.

Temel insan hakları olan düşünce ve örgütlenme özgürlüklerini yaşama geçirmek amacıyla ülkemize dönen TBKP yöneticilerinden Ahmet Kardam, Mehmet Bozışık ve Şeref Yıldız'ın 72 saati aşkın bir süredir, avukatlarıyla görüşülmeden, dış dünyadan kopuk bir şekilde Ankara Emniyet Genel Müdürlüğünde sorgulanmaları bizleri endişeye düşürmektedir. Başbakanlık genelgesine rağmen sürdürülen bu gizli sorulamada, TBKP yöneticilerine kötü muamele yapılmasından korkuyoruz.

İnanıyoruz ki uluslararası hukuk normlarına ters düşen bu uygulama, bugün sizin de kendilerine hitap edeceğiniz Avrupa ülkelerinin seçilmiş parlamenterlerince ve dünya kamuoyunca ülkemiz lehinde değerlendirilmeyecektir.

Dileğimiz bulunacağınız girişimlerle, TBKP Merkez Komitesi üyeleri Ahmet Kardam, Mehmet Bozışık ve Şeref Yıldız'ın hiçbir işkence ve kötü muameleyle uğramadan özgürlüklerine kavuşturulmalarıdır.

Saygılarımızla

Nürnberg'de yaşayan TBKP üyeleri ve destekçileri adına

TBKP nin yaşallaşması için Dayanışma qirişimi Nürnberg
Adresse: Adam-Klein Str. 6 Nachbarschaftshaus

9BUNDESPRÄSIDENTIALAMT**5300 BONN 1, den 22. August 1989**

Kaiser-Friedrich-Straße 16

Az.: II/1-6445-1758/84

(Bei Rückfragen bitte angeben)

Telefon: (0228) 200-318

(oder über Vermittlung 20 00)

Telex: adpbn d 8 86 393

Telefax: (0228) 200-200

Herrn
Arif Ünal
Generalsekretär der Föderation
der Immigrantenvereine aus der Türkei e. V.
Lichtstraße 31

4000 Düsseldorf 1

Sehr geehrter Herr Ünal,

der Herr Bundespräsident hat mich gebeten, Ihnen für Ihren Brief vom 14. August zu danken.

Wie Sie wissen, setzen sich der Herr Bundespräsident und die Bundesregierung seit langem mit Nachdruck für die weltweite uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte ein. Die Bundesregierung hat deshalb auch in aller Deutlichkeit gegenüber den zuständigen türkischen Stellen menschenwürdige Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen gefordert.

Bundespräsident und Bundesregierung werden im Einsatz für die Achtung der Menschenrechte nicht nachlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Wiesmann

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Für die Legalisierung der TBKP

Alle Mitglieder des Zentralkomitees der TBKP, die im Exil in Europa leben, sollen bis Jahresende in die Türkei zurückkehren, die ersten vier am kommenden Freitag. Mit einem von ihnen, Ahmet Kardam, sprach „Die Wahrheit“. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Interview.

Frage: Was waren die Gründe für den Beschluß (des Zentralkomitees)?

Ahmet Kardam: Wir wollen mit unserer Rückkehr als TBKP-Funktionäre die türkische Regierung unter Druck setzen, um die sofortige Aufhebung des Verbots für die legale Betätigung der Kommunistischen Partei zu erreichen. Mit der Rückkehr unserer Parteiführer N. Sargin und H. Kutlu sollte bezweckt werden, daß die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei auf die politische Tagesordnung der Türkei gesetzt wird. Wir waren in dieser Hinsicht erfolgreich. Der Staatspräsident Evren mußte letztes Jahr im November erklären, so als ob er dabei der Regierung und dem Parlament einen Fingerzeig geben würde, daß eine Kommunistische Partei gegründet werden müsse. Ministerpräsident Özal hat seine Aussagen in bezug auf die legale Gründung einer Kommunistischen Partei in den letzten Monaten ergänzt und erklärt, daß bei den nächsten Parlamentswahlen auch die Kommunistische Partei teilnehmen wird. Alle oppositionellen Parteien sind für eine Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei in der Türkei. Die türkische Regierungspartei ANAP (Mutterlandspartei) hat bekanntgegeben, daß eine Kommission an einer Veränderung des türkischen Strafgesetzbuches arbeitet, und einer ihrer Abgeordneten hat zu dieser Frage einen Entwurf für eine Gesetzesänderung im Parlament eingebracht. Das heißt, man hat in dieser Frage in der Türkei einen Konsens erreicht. Auf der anderen Seite aber werden trotz dieser Erklärungen und Zugeständnisse immer noch keine praktischen Schritte getan. Um Zeit zu gewinnen, versuchen das Regime und die Regierung die Aufhebung des Verbots so lange wie möglich hinauszuzögern. Wir müssen die Regierung dazu bringen, daß sie in dieser Frage endlich einen Schlußpunkt setzt. Deshalb müssen die Betroffenen dieser Frage, um die es eigentlich geht, also die Kommunisten/-innen, sich offener und konsequenter als bisher bekennen. Wir zeigen mit unserer Rückkehr unseren festen Willen für eine legale Betätigung. Nach der Rückkehr unserer Parteiführer Sargin und Kutlu wurde die Frage der Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei in der Tagesordnung der Türkei fest verankert. Das Wichtigste dabei ist die Reihenfolge. Wir sind der Meinung, daß unsere Rückkehr bei der Beantwortung dieser Frage mit „jetzt, sofort“ behilflich sein wird.

Frage: Was hat sich seit der Rückkehr von Sargin und Kutlu in eurer Partei geändert? Was wird die Rückkehr der ZK-Mitglieder bewirken?

Ahmet Kardam, einer der Rückkehrer. Foto: Tutus

Ahmet Kardam: Obwohl es nicht so schnell geht, wie wir es uns vorgenommen hatten, verändert sich die ganze politische Arbeitsweise unserer Partei. Unsere Partei kommt von der alten „heimlichen“ Arbeitsweise weg, wird in der politischen Arbeitsweise immer „offener“. Das heißt, unsere Partei legt nicht die Hände in den Schoß und wartet nicht, bis die entsprechenden Paragraphen aufgehoben worden sind, sondern sie bewegt sich Schritt um Schritt hin zur offenen legalen Betätigung. Als Beispiel dafür kann man das Inserat in einer Tageszeitung der Türkei nennen, mit dem sich über 1000 Menschen für die legale Veröffentlichung unseres Parteiprogramms einsetzen. Unsere Partei befindet sich schon jetzt in einer praktischen Durchgangphase von der Illegalität zur Legalität. Diese Periode ist ein Bestandteil unseres Kampfes für die Legalität unserer Partei. Mit der Rückkehr der ZK-Mitglieder wird diese Bewegung noch mehr beschleunigt.

Frage: Wie bewerten die anderen linken Kräfte aus der Türkei diese Rückkehr?

Ahmet Kardam: Bei Rückkehr von N. Sargin und H. Kutlu hatten wir nicht genügend Zeit gehabt, um die linken Kräfte und Parteien vorher zu informieren. Nach der Rückkehr der beiden wurden wir wahrscheinlich auch deshalb von den anderen marxistischen Parteien und Strömungen sehr hart kritisiert. Dieses Mal haben wir eine ganz andere Situation. Sie haben jetzt in der Zwischenzeit die Beweggründe für unsere Ziele und Absichten besser verstanden, und wir informieren sie alle einzeln sehr detailliert über unsere Absichten. Auch diejenigen, die unsere jetzige Rückkehr als falsch einschätzen, sind der Meinung, daß unsere Rückkehr einen sehr wichtigen Beitrag in dem Kampf für die Demokratie und Menschenrechte in der Türkei leisten wird. Sie

bekunden ihre Solidarität mit uns. Diese Verhaltensweise unserer Freunde ermutigt uns in unserem Vorhaben und bestärkt uns.

Frage: Gegen dich ist eine Haftstrafe von neuneneinhalb Jahren verhängt worden, weil du vor dem Militärputsch am 12. September 1980 die TKP-Parteitagsdokumentationen von 1977 veröffentlicht hast. Kann man deine Rückkehr nicht als eine „Dummheit“ bezeichnen, weil du ja sowieso ins Gefängnis kommst? Kann bei deiner Rückkehr eine neue Anklage gegen dich erhoben werden?

Ahmet Kardam: Glaube ich nicht. Dann müßte man auch die Rückkehr von Sargin und Kutlu als eine „Dummheit“ bezeichnen. Für Sargin und Kutlu fordert der Staatsanwalt für jeden mindestens 15 Jahre Haftstrafe. Wir sind der Meinung, daß in naher Zukunft die Paragraphen, die die kommunistische Partei verbieten, abgeschafft werden. Das heißt, wenn nicht Sargin und Kutlu je 15 Jahre oder auch mehr Jahre im Gefängnis bleiben müssen, werde auch ich freikommen. Es kann sein, daß ich erneut angeklagt werde, aber wie ich schon erläutert habe, würde dies nichts verändern. Die Zielsetzung der Legalität ist ein wichtiger Bestandteil unserer parteipolitischen Strategie.

Meine Rückkehr gehört zu dieser parteipolitischen Strategie, ist nur ein Teil dessen. Natürlich kehre ich nicht zurück, um über sieben Jahre im Gefängnis zu sitzen. Es kann sein, daß ich eine Zeitlang ins Gefängnis muß, aber ich glaube, daß dieser Zeitraum sehr kurz sein wird. Natürlich ist jede politische Entscheidung ein Risiko. Man könnte aber höchstens sagen, unsere Entscheidung sei „falsch“, aber von einer „Dummheit“ kann man nicht sprechen. Wir sind der Meinung, sie ist nicht falsch. Ich hoffe, daß sich unser Schritt in der Zukunft als richtig bestätigen wird.

AUSWÄRTIGES AMT

Az.: 203-SE/Ü

(Bitte bei Antwort angeben)

Auswärtiges Amt Postfach 1148 5300 Bonn 1

Bonn, 18. August 1989

Telefon (0228) 17-0

Durchwahl 17-2862

Herrn
Arif Ünal
Generalsekretär der Föderation
der Immigrationsvereine aus der Türkei e.V.
Lichtstr. 31

4000 Düsseldorf 1

Eingegangen

19. Aug. 1989

Erledigt:.....

Sehr geehrter Herr Ünal,

ich danke Ihnen für Ihr an Bundesminister Genscher gerichtetes Schreiben vom 14.8.1989. Ebenso wie Sie ist die Bundesregierung über die Entwicklung des Hungerstreiks in der Türkei, der bereits zwei Menschenleben gekostet hat, besorgt. Ebenso wie Sie hoffen wir, daß die zuständigen türkischen Stellen alles tun, um weiteres menschliches Leiden zu verhindern.

Das Auswärtige Amt hat seine Sorge gegenüber der türkischen Regierung in den letzten Tagen verschiedentlich auf hoher Ebene, in Bonn sowie in Ankara, vorgetragen. Die Situation wird darüber hinaus von unseren Auslandsvertretungen kontinuierlich beobachtet. Dies steht im Einklang mit dem hohen Stellenwert, dem menschenrechtliche Anliegen im Gesamttrahmen unserer Außenpolitik zukommt.

In Menschenrechtsfragen stehen wir daher in ständigem Dialog mit den zuständigen türkischen Stellen. Ich darf Ihnen versichern, daß Bundesminister Genscher keine Gelegenheit ausläßt, diese Frage bei seinen Zusammentreffen mit türkischen Politikern deutlich anzusprechen.

Das Auswärtige Amt wird auch künftig die Entwicklung der Lage aufmerksam verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(von Mettenheim)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Günther Leonhart
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn Staatspräsident
Turgut Özal
Basbakan
Bakanliklar

ANKARA / TÜRKEI

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Fernruf (0228) 167260

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Privatanschrift:
Brahmsstr. 18
6550 Bad Kreuznach
Fernruf (0671) 61344

Bad Kreuznach, den 30.10.89

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

nach Rückkehr in die Türkei wurden einige führende Mitglieder der
sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei verhaftet.

Sie werden der "TBKP-Mitgliedschaft" beschuldigt und haben ein Ver-
fahren vor einem Sondergericht zu erwarten.

Nach meiner Information haben sich die Inhaftierten während ihres
Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland nichts zuschulden
kommen lassen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Staatspräsident,
die Betroffenen nicht vor Gericht zu stellen und wieder auf freien
Fuß zu setzen.

Hochachtungsvoll

G. Leonhart

Herrn Zincici,
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
Mit freundlichen Grüßen

G. Leonhart

Volker Metzroth
Postfach 525
Bundesrepublik Deutschland

6550 Bad Kreuznach, den 6.11.1989

Herrn
Staatspräsidenten
Turgut Özal
Baskanbar
Bakanliklar
Ankara - Türkei

Betreff: Gesinnungsverfolgung in Ihrem Land

Sehr geehrter Herr Staatspräsident !

Seit vor 2 Jahren Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin bei ihrer Rückkehr in die Türkei verhaftet, gefoltert und ihrer Gesinnung wegen vor Gericht gestellt wurden, häufen sich die Berichte über ähnliche Vorfälle. Erst jüngst wurden Mitglieder der Sozialistischen Partei der Türkei bei ihrer Rückkehr verhaftet.

Ihr Land will Mitglied der Europäischen Gemeinschaft EG werden. Ich kann mir aber kein Land als EG-Mitglied vorstellen, in dem kommunistische und sozialistische Politiker allein ihrer Gesinnung wegen in der oben beschriebenen Art verfolgt werden. Die Anwendung der Paragraphen 141 und 142 Ihres Strafgesetzbuches - beide wurden aus dem Straf-"recht" des Italienischen Faschismus übernommen - ist beschämend für einen Staat, der zu Europa gehören will.

Ich fordere Sie deshalb auf, mit dem Gewicht des hohen Amtes, daß Sie bekleiden, für das Ende der Gesinnungsverfolgung und die Beachtung der Menschenrechte in Ihrem Land zu sorgen!

Mit freundlichen Grüßen

(Vorsitzender des Ortskartells Bad Kreuznach im
Deutschen Gewerkschaftsbund -DGB-)

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abgeordneter

Udo Reichenbecher

Vorsitzender

des Ausschusses für Soziales und Familie

6573 Simmertal, den 06.11.1989

Jugendstraße 2

Tel.: (06754) 536 oder 8975

Herrn
Ministerpräsidenten
Turgut Özal
Basbakan
Bakanliklar

Ankara - Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich möchte dringend an Sie appellieren, die in den letzten Wochen zurückgekehrten und verhafteten Mitglieder der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) und die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) unverzüglich freizulassen.

Ich halte diese Vorgänge mit den Menschenrechten für unvereinbar und darüber hinaus eines Staates, welcher der NATO -Verteidigungsgemeinschaft angehört, für unwürdig.

Ich möchte Sie deshalb sehr herzlich bitten, diese Vorgänge persönlich abzustellen. Solange es diese Vorgänge gibt, werde ich persönlich keinerlei Einladungen Ihres Generalkonsulats in Mainz zu Empfängen mehr akzeptieren.

Ich hoffe sehr auf Ihr persönliches Engagement in dieser Angelegenheit und möchte mich dafür schon vorab sehr herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Reichenbecher

Zur Kenntnisnahme

Mit freundlichen Grüßen

überreicht von

Udo Reichenbecher

Landtagsabgeordneter

Jugendstr. 2 - Tel.: 06754/536

6571 Simmertal

Sprechstunden: nach Vereinbarung
Bürgerbüro: 6570 Kirn, Kasinoweg 2, Tel.: (06752) 2431

Bay
Nihat Sargin
Merkez Kapali Cezaevi
10. Kogus

Bad Kreuznach 10. 11. 1989

Ulucanlar - Ankara
Türkei - Turkey - Türkiye

Liebe Freunde !

Von Deutschland aus übermittle ich Euch herzliche Grüße. Meine Solidarität gilt den Menschen, die für Demokratie und soziale Gerechtigkeit in ihrem Heimatland kämpfen. Ich hoffe, es gelingt den internationalen Appellen an das Gewissen aller beteiligten Kräfte einzuwirken; Euch die Freiheit wiederzugeben.

Der Friede ist unteilbar.

Möge dieser innere Frieden Einkehr halten in Ihr Heimatland, mit seiner reichen Kultur für die Völker Europas

Ihre

Benim Adresim:

Hildegard Schäfer
Matth.-Grünwaldstr. 3
6550 Bād Kreuznach

West Deutschland/Bati Almanya
Germany

Hildegard Schäfer . . .

Kirchenkreis An Nahe und Glan

Siegfried Pick
Pastor für Ausländerarbeit

Kurhausstr.6
6500 Bad Kreuznach
0671/25165

15.11.1989

An
Oltan Sungurlu
Adalet Bakanı
Bankanıklar
Ankara
Türkei

Sehr geehrter Herr Oltan Sungurlu,

wie in der westdeutschen Presse zu erfahren ist, sind Mitglieder der TBKP verhaftet worden und es soll ihnen wegen der Mitgliedschaft ein Prozeß gemacht werden. Es sind Mehmet Akar, Niyazi Dinçer, Mehmet Celal Gümüş, Coskun Ömer und Birol Aslantürk..

Wir protestieren gegen deren Verhaftung und dagegen, daß ihnen ein Prozeß gemacht wird.

Wir bitten Sie eindringlich, diese Männer freizulassen, ebenso auch Sargin und Kutlu, die in die Türkei zurückgekehrt sind, um dort wieder zu leben.

In der Hoffnung, daß Sie dieser von der demokratischen Öffentlichkeit Westeuropas erhobenen Bitte entsprechen,

mit vorzüglicher Hochachtung

Kirchenkreis An Nahe und Glan

Siegfried Pick
Pastor für Ausländerarbeit

Kurhausstr.6
6500 Bad Kreuznach
0671/25165

15.11.1989

An
Staatspräsident
Turgut Özal
Ankara
Türkei

Sehr geehrter Herr Staatspräsident Özal,

wie in der westdeutschen Presse zu erfahren ist, sind Mitglieder der TBKP verhaftet worden und es soll ihnen wegen der Mitgliedschaft ein Prozeß gemacht werden. Es sind Mehmet Akar, Niyazi Dinçer, Mehmet Celal Gümüş, Coskun Ömer und Birol Aslantürk..

Wir protestieren gegen deren Verhaftung und dagegen, daß ihnen ein Prozeß gemacht wird.

Wir bitten Sie eindringlich, diese Männer freizulassen, ebenso auch Sargin und Kutlu, die in die Türkei zurückgekehrt sind, um dort wieder zu leben.

In der Hoffnung, daß Sie dieser von der demokratischen Öffentlichkeit Westeuropas erhobenen Bitte entsprechen,

mit vorzüglicher Hochachtung

DR. HILDE SCHRAMM
STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTIN
DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN

John-F.-Kennedy-Platz, Rathaus
1000 BERLIN 62 (SCHÖNEBERG), den 13.1.1990
Direktwahl: 7 83-3310
(Zentrale: 7 83-1)

Herrn
Ahmet Kardam
Merkez Kapali Cezaevi
10. Kogus

Ulucanlar /Ankara
Türkei

Werter Ahmed Kardam,

ich schicke Ihnen die besten Wünsche für das neue Jahr, leider muß ich sie in das Gefängnis von Ankara schicken. Vor allem hoffe ich, daß Sie und Ihre Freunde alsbald frei kommen, daß die Paragraphen 141, 142 und 136 des türkischen Strafgesetzbuches 1990 abgeschafft werden und Gedanken-, Organisations- und Gewissensfreiheit in der Türkei einziehen. Wie ich las, fordern die Abschaffung dieser Paragraphen inzwischen Politiker fast aller Parteien, so daß eine parlamentarische Initiative möglich geworden ist und die Möglichkeit einer legalen politischen Arbeit für Sie und Ihre Freunde näherrückt.

Ich habe Ihre Briefe und die Informationen der Pressezentrale Einheit BFM in Duisburg über Ihre Situation und die Situation der anderen politischen Gefangenen jeweils mit Anteilnahme gelesen. Ich bin froh, daß Sie wenigstens nach Ihrer Rückkehr in die Türkei nicht gefoltert worden sind. Besonders interessierte mich zu hören, daß die TBKP zusammen mit anderen Gruppen eine erneuerte marxistische Partei aufbauen will, die sich für einen demokratischen Sozialismus, Frieden und Menschenrechte einsetzen will und sich an den Parlamentswahlen beteiligen möchte. Ich hoffe, daß die Arbeit daran durchsetzbar und erfolgreich sein wird.

Hier in Berlin haben wir so reichlich zu tun, daß ich erst heute Zeit finde zu schreiben, ich bitte dafür um Verständnis. Die rot-grüne Politik ist anstrengend und nicht ohne Konflikte. Gleichzeitig ist die Situation in Berlin nach Öffnung der Grenzen spannend, wir müssen aufpassen, daß die ausländischen Bürger und Bürgerinnen hier durch die deutsch-deutsche Verständigung keine Nachteile erhalten.

Zu Jahresbeginn ging ein Brief der AL-Fraktion an den Ministerpräsidenten der Türkei, Herrn Özal, in dem wir uns für die Freilassung aller politischen Gefangenen erneut einsetzen, die legale politische Betätigung im Sinne eines offenen Pluralismus auch für Kommunisten fordern, sowie auf die Beachtung der Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Kurden in der Türkei dringen. In einer kurzen Mitteilung haben wir die Presse über diesen Brief informiert. Wir wollen deutlich machen, daß wir die undemokratischen Zustände in der Türkei keineswegs vergessen haben, sondern uns weiterhin für eine Demokratisierung der Türkei einsetzen.

Ich hoffe, Sie bleiben bei guter Gesundheit und können bald politisch tätig sein. Ihren Abschiedsbesuch in Begleitung Ihrer Frau habe ich in lebhafter Erinnerung.

Mit vielen Grüßen

Hilde Lehmann

Für die materielle Unterstützung der zurückkehrenden politischen Emigranten
in die Türkei:

Rechtsanwalt Dilruba Yenen

Sparkasse: 219004843

BLZ:350 500 00

Duisburg

Konto für "Solidarität für zurückkehrende politische Emigranten in die Türkei"

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Alternative Liste

Alternative Liste für
Demokratie und Umweltschutz

Fraktion im Abgeordnetenhaus
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62

Telefon 184 11783-
Telex 184 466 alavbd

Dr. Hilde Schramm

AL-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
John-F.-Kennedy-Platz, 1000 Berlin 62

Berlin, den 28. 12. 1989

An den
Ministerpräsidenten der Türkei
Herrn Turgut Özal
Basbakan
Bakanliklar
Ankara - Türkei

Sehr geehrter Herr Özal,

die Fraktion der Alternativen Liste im Berliner Abgeordnetenhaus appelliert zu Beginn des Neuen Jahres an Sie, endlich alle politischen Gefangenen in der Türkei freizulassen.

Namentlich setzen wir uns ein für Herrn Ahmet Kardan, der lange Jahre in West-Berlin lebte und von Berlin aus im September 1989 in die Türkei zurückkehrte, um dort als Mitglied der Vereinigten Kommunistischen Partei legal politisch zu arbeiten. Er wurde gleich am Flughafen festgenommen und ist seither im Gefängnis von Ankara inhaftiert.

In einer Zeit, in der viele Länder des Warschauer Paktes eine pluralistische Demokratie einführen, wird es immer unverträglicher, daß ein Staat wie die Türkei, der zum westlichen Bündnis zählt, weiterhin die Versammlungs-, Gewissens-, Meinungs- und Organisationsfreiheit seiner Bürger und Bürgerinnen einschränkt. Solange die entsprechenden Paragraphen, die §§ 141, 142 und 163, des türkischen Strafgesetzbuches nicht aufgehoben sind, ist die Türkei kein demokratischer Staat.

Wir appellieren darüber hinaus eindringlich an Sie, mit Beginn des Jahres 1990, die Menschenrechte für alle türkischen Bürger und Bürgerinnen in Kraft zu setzen - und seien es Ihre politischen Gegner - und vor allem die Menschenrechte auch für alle Kurden in Ihrem Land gelten zu lassen.

In der Hoffnung, daß unser Brief zum Neuen Jahr dazu beiträgt, daß die Türkei ein Land mit freier politischer Betätigung und ein Land ohne Menschenrechtsverletzungen wird.

Für die AL-Fraktion

Hilde Schramm

PRESSEDIENST

Alternative Liste

Alternative Liste für
Demokratie und Umweltschutz

Telephon : 030- 783 8913 /030- 783 8732

Telefax : 030-783 8741

Telex : 184 466 alavb d

Die Fraktion der ALTERNATIVEN LISTE hat in einem Brief zum neuen Jahr an den Ministerpräsidenten der Türkei, Herrn Turgut Ö z a l appelliert, alle politischen Gefangenen freizulassen, allen Bürgerinnen und Bürgern, auch Kommunisten, eine freie, legale politische Betätigung zu erlauben und die Menschenrechte endlich auch auf die politischen Gegner und auf alle Kurden in der Türkei anzuwenden.

Namentlich setzt sich die Fraktion der AL für die Freilassung von Herrn Ahmet K a r d a n ein, der lange Jahre in West-Berlin lebte und im Herbst 1989 in die Türkei zurückkehrte, um dort legal politisch zu arbeiten. Er wurde noch am Flughafen - unmittelbar nach Betreten türkischen Bodens- festgenommen und ist seither im Gefängnis von Ankara inhaftiert.

In dem Schreiben an Özal heisst es u.a. :

" In einer Zeit, in der viele Länder des Warschauer Paktes eine pluralistische Demokratie einführen, wird es immer unverträglicher, dass ein Staat wie die Türkei, der zum westlichen Bündnis zählt, weiterhin die Versammlungs-, Gewissens-, Meinungs- und Organisationsfreiheit seiner Bürgerinnen und Bürger einschränkt."

Mit diesem Neujahrsbrief im Interesse der politischen Gefangenen in der Türkei möchte die Fraktion der ALTERNATIVEN LISTE dem deutsch-deutschen Zeitgeist entgegensteuern, der das Denken in internationalen Bezügen zu verdrängen droht.

Hilde Schramm, MdA für die Fraktion der AL

Schreiben an Min.Präs. Özal anbei.

Pressestelle der AL

Noe

30.12.1989

117/89

AN A P

Sayın **H.CEL ÂL GÜZEL**
Bakanlıklar
Ankara - TÜRKİE

20.12.1989

Konuşmalarınızda sürekli Demokrasinin olmadığını vurguluyorsunuz bende size katılıyorum.Sizin gibi düşünen Anavatan Partisinde de var.Demokrasinin işlerlik kazanması için "Fikir Suçu" gibi ayıpları ortadan kaldırmak gereklidir.Bunun için özellikle TBKP'yi legal olarak kurmak isteyen Komünistlerin serbest bırakılmasından başlar.
Tartışma götürmeksizin,en önemlisi"canlı Tarih" denebilecek 89 yaşındaki Mehmet Bozışık'ın serbest bırakılmasıdır.
1990 yılı Ülkemiz ,halkının özgür Türkiyesi dileğiyle,Yeni Yılı'nızı kutlarım.

Davut Zincidi
Mannheimerstraße 43
6550 Bad Kreuznach
☎ 06 71 - 4 12 35

Sayın DYP Genel Başkanı,
Süleyman Demirel
TBMM
Ankara-TÜRKİE

20.12.1989

Konuşmalarınızda sürekli Demokrasinin olmadığını vurguluyorsunuz bende size katılıyorum.Sizin gibi düşünen Anavatan Partisinde de var.Demokrasinin işlerlik kazanması için "Fikir Suçu" gibi ayıpları ortadan kaldırmak gereklidir.Bunun için özellikle TBKP'yi legal olarak kurmak isteyen Komünistlerin serbest bırakılmasından başlar.
Tartışma götürmeksizin,en önemlisi "Canlı Tarih" denebilecek 89 yaşındaki Mehmet Bozışık'ın serbest bırakılmasıdır.
1990 yılı Ülkemiz,halkının özgür Türkiye'si dileğiyle,Yeni Yılınızı kutlarım.

Davut Zincidi
Mannheimerstraße 43
6550 Bad Kreuznach
☎ 06 71 - 4 12 35

Sayın SHP Genel Başkanı,
Erdal İnönü
TBMM
Ankara- TÜRKİE

20.12.1989

Konuşmalarınızda sürekli Demokrasinin olmadığını vurguluyorsunuz bende size katılıyorum. Sizin gibi düşünen Anavatan Partisinde de var. Demokrasinin işlerlik kazanması için "Fikir Suçu" gibi ayıplı ortadan kaldırmak gereklidir. Bunun için özellikle TBKP'yi legal olarak kurmak isteyen Komünistlerin serbest bırakılmasından başlar. Tartışma götürmeksizin, en önemlisi "canlı Tarih" denebilecek 89 yaşındaki Mehmet Bozışık'ın serbest bırakılmasıdır. 1990 yılı Ülkemiz, halkının özgür Türkiyesi dileğiyle, Yeni Yılı'nızı kutlarım.

Davut Zincidi
Mannheimerstraße 43
6550 Bad Kreuznach
☎ 06 71 - 4 12 35

TÜRKİYE SOSYAL
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WICHTIGER HINWEIS: Bitte verwenden Sie diesen Vordruck zum Überweisen. Wenn Sie kein Konto haben, können Sie den Vordruck zur Bareinzahlung benutzen. Bei Überweisung: Bitte auf Blatt III unterschreiben und Ihre Konto-Nr. einsetzen.

GUTSCHRIFT (Zahlschein-) Überweisung durch

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)

Empfänger

Rechtsanwalt Dilruba Yenen

Bankleitzahl

Konto-Nr. des Empfängers bei (Kreditinstitut)

219004843 Sparkasse Duisburg

Verwendungszweck (nur für Empfänger)

DM

Solidarität für zurückkehrende
politische Emigranten in die Türkei

Konto-Nr. des Auftraggebers Auftraggeber/Einzahler

01-113 680 2.87 11009

Mehrzweckfeld	☒	Konto-Nr.	☒	Betrag	☒	Bankleitzahl	☒	Text	☒
---------------	-------------------------------------	-----------	-------------------------------------	--------	-------------------------------------	--------------	-------------------------------------	------	-------------------------------------

TÜRKİYE SOSYAL TARİHARAŞIRMA VAKFI
TÜSTAV

Peter Giloy
Römerfeld 18
D 6551 Norheim

Mitglied im Kreisvorstand "DIE GRÜNEN"

Herrn
Staatspräsident
Turgut Üzal
Basbakan
Bakanliklar
Ankara - Türkei

gleicher Brief
ging an den Außenminister.
Gruß
Peter Giloy

Norheim, 28.11.1989

Sehr geehrter Herr Präsident,

als Mitglied im Vorstand der Partei "Die Grünen" im Landkreis Bad Kreuznach / Rheinland-Pfalz möchte ich mich vertrauensvoll an Sie wenden.

Ich bin kein Kommunist und ich wende mich entschieden gegen zahlreiche Forderungen der Kommunisten.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, aber dringend, in Ihrem Lande die Prinzipien der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit zu beachten.

Lassen Sie bitte alle Inhaftierten frei, denen man keine Straftaten nachweisen kann! Lassen Sie bitte alle Gefangenen frei, die nur wegen ihrer politischen Gesinnung oder wegen ihrer Parteizugehörigkeit zur kommunistischen Partei inhaftiert sind.

Bitte setzen Sie sich, Herr Präsident, in Ihrem Staat argumentativ mit politischen Gegnern auseinander! Setzen Sie sich dafür ein, daß auch in Ihrem Staat dem politischen Gegner nicht mit Gewalt oder Folter geantwortet wird. Die Revolution in der DDR zeigt: Gewalt und Unterdrückung können Menschen nur kurzfristig vom Drang nach Freiheit zurückhalten!

Bitte, Herr Präsident, ändern Sie Ihre Strafgesetze, wo nötig, damit sich jeder friedlich und frei politisch betätigen kann - auch Ihre politischen Gegner, die in den nächsten Monaten in die Türkei möglicherweise zurückkehren werden.

Dadurch, Herr Präsident, könnten Sie einen Beitrag zum Aufbau, zum weiteren Aufbau von Demokratie und Pluralismus in der Türkei leisten, den wir in Europa dringlich erwarten.

Hochachtungsvoll

Peter Giloy

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper

6551 Reborn, den 23.11.1989
Im Weiher 5 K./Be.
Tel.: (06753) 3791

Herrn
Turgut Özal
Staatspräsident

Reg.-Nr.: 3.23.11./89
(bitte bei Antwort mit angeben)

Ankara - Türkei

Sehr geehrter Herr Staatspräsident Özal,

immer wieder müssen wir in der Bundesrepublik Deutschland erfahren, daß Mitglieder der TBKP verhaftet werden und Ihnen soll wegen Ihrer Mitgliedschaft ein Strafverfahren auferlegt werden.

Es sind die Herren Mehmet Akar, Niwazi Dincer, Mehmet Celal Gümüs, Coskun Ömer und Birol Aslantürk.

Wir protestieren gegen deren Verhaftung und bitten, von einem eventuellen Prozeß Abstand zu nehmen.

Wir bitten Sie eindringlich, die obengenannten Männer freizulassen, ebenso auch Sargin und Kutlu, die in die Türkei zurückgekehrt sind, um dort wieder zu leben.

Wir denken, daß für das Ansehen Ihres Landes von außerordentlicher Bedeutung ist, daß die Menschenrechte Beachtung finden.

Mit freundlichem Gruß

Fritz Rudolf Körper

Nihat Sarıgn
Merkez kapalı Cezaevi
10. Koğuş,
Ulucanlar - Ankara
Trkei

1. 12. 89

Saygı deęer yoldaşlar, arkadaşlar
Gzel yurdum Trkiyeye dnşnzden bu gne
dek zor gnler geirdiđiniz bilincindeyim ve
bu haklı istemimizin utkuya ulařması için gcm
ve bilincim oranında aba sarf ediyorum. Ara-
nıza yeni gelen yoldaşlarımın ve sizin yeni
yılını gnlden kutlar verdiđimiz mcadelenin
en yakın zamanda başarıya ulařması dileđiyle
sevgi ve selmlarımı iletirim.

Davut Zincidi
Mannheimer Str 43
6550 Badkreuznach
BRD.

M. Erdal Palu
Sağmalcılar cezaevi
E-tipi C.4. Blok
Bayrampaşa - İstanbul
Türkei

1. 12. 89

Saygı değer yoldaşlar, arkadaşlar
Güzel yurdum Türkiye'ye dönüşünüzden bu güne
dek zor günler geçirdiğinizin bilincindeyim ve
bu haklı istemimizin utkuya ulaşması için gücüm
ve bilincim oranında çaba sarf ediyorum. Ara-
nıza yeni gelen yoldaşlarımın ve sizin yeni
yılını gönülden kutlar verdiğimiz mücadelelerin
en yakın zamanda başarıya ulaşması dileğiyle
sevgi ve selâmlarımı iletirim.

Davut Zincidi
Mannheimer Str 43
6550 Badkreuznach
BRD.

Tektaş Ağaoglu
Sağmalalan Cezarevi
E. tipi - C. 4. Blok
Bağcıbaşı İstanbul
Türkei

1. 12. 89

Saygı değer yoldaşlar, arkadaşlar
Güzel yurdum Türkiye'ye dönüşünüzden bu güne
dek zor günler geçirdiğinizin bilincindeyim ve
bu haklı istemimizin utkuya ulaşması için gücüm
ve bilincim oranında çaba sarf ediyorum. Ara-
nıza yeni gelen yoldaşlarımın ve sizin yeni
yılını gönülden kutlar verdiğimiz mücadelenin
en yakın zamanda başarıya ulaşması dileğiyle
sevgi ve selâmlarımı iletirim.

Davut Zincidi
Mannheimer Str 43
6550 Badkreuznach
BRD.

Gebt dem Frieden eine Chance!

Nie wieder Krieg

SOSYAL TÜSTAV ARAŞTIRMALARI

Volker Metzroth
Postfach 525
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, Dez. 89

Lieber Kollege Haydar Kutlu,

am Ende dieses Jahres möchte ich Ihnen für das nächste Jahr alles Gute wünschen, vor allem aber, daß es Ihnen und allen politischen Gefangenen in Ihrem Land die lang ersehnte Freiheit bringen möge.

Mögen Sie Kraft, Mut und Optimismus behalten in Ihrem schweren Kampf.

Produktion: Wl-Verlag GmbH, Postfach 11 13 43, 4000 Düsseldorf 11

Die fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind an Ihrer Seite.

Es grüßt Sie herzlichst

(Volker Metzroth)

Vorsitzender des DGB-Ortskartells
Bad Kreuznach

Im Wieder Krieg, vom M.P. Erdmann
Kreuznach, bei Wl-Verlag GmbH

„Schreiben für den Frieden“

Volker Metzroth
Postfach 525
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, Dez. 89

Lieber Kollege Dr. Nihat Sargin,

am Ende dieses Jahres möchte ich Ihnen für das nächste Jahr alles Gute wünschen, vor allem aber, daß es Ihnen und allen politischen Gefangenen in Ihrem Land die lang ersehnte Freiheit bringen möge.

Mögen Sie Mut, Kraft und Optimismus behalten in Ihrem schweren Kampf.

Produktion: Wl-Verlag GmbH, Postfach 11 13 43, 4000 Düsseldorf 11

Die fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind an Ihrer Seite.

Es grüßt Sie herzlichst

(Volker Metzroth)

Vorsitzender des DGB-Ortskartells
Bad Kreuznach

Im Wieder Krieg, vom M.P. Erdmann
Kreuznach, bei Wl-Verlag GmbH

„Schreiben für den Frieden“

Davut ZINCIDI
Mannheimerstrasse 43
6550 Bad-Kreuznach

An
die Mandats und Funktionsträger
in der S P D

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein
frohes und geruhssames Weihnachtsfest. Zum bevor-
stehenden Jahreswechsel, alles Gute, Gesundheit
und Erfolg.

Möge 1990 das Jahr der SPD werden.

Mit freundlichen Grüßen

D. Zincidi 1.12.89

Davut ZINCIDI
Mannheimerstrasse 43
6550 Bad-Kreuznach

An
den Kreisvorstand
des D G B
z.Hd.Herrn Peter Schick

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein
frohes und geruhames Weihnachtsfest.Zum bevor-
stehenden Jahreswechsel,alles Gute,Gesundheit
und Erfolg.

Möge die Entwicklung 1990 im Sinne der Arbeitneh-
mer und Arbeitnehmerinnen sein.

Mit freundlichen Gren

D. Zincidi

1.12.89

Davut ZINCIDI
Mannheimerstrasse 43
6550 Bad-Kreuznach

An
die Freundinnen und Freunde
für Menschenrechte

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein
frohes und geruhames Weihnachtsfest. Zum bevor-
stehenden Jahreswechsel, alles Gute, Gesundheit
und ein erfolgreiches 1990.

Weltweit Frieden und Gerechtigkeit für alle
Unterdrückten und politischen Gefangenen.

Mit freundlichen Grüßen

D. Zincidi
1. 12. 89

Davut ZİNCİDİ
6550 Bad Kreuznach
Manheimer str. 58

T.C. Cumhurbaskani
Sayin Turgut ÖZAL

Sayin ÖZAL

Tüm dünyada daha çok demokrasi, daha çok özgürlük isteyenlerin, istemleri yerine getirilirken bizim ülkemizde ise; daha çok fikir suçlularini tutuklamalar, ve bu düzeyde işkenceler, yasa dışi uygulamalar oluşmakta.

Ülkemizdeki demokrasinin daha çok işler duruma gelmesi için yurda dönen ve yurdumuzda yasal parti kurmak isteyen komünistler, aydin insanlar, sendikacilar tutuklaniyor. Bu açıdan düşündüğüm zaman, 89 yaşındaki bir insani komünist olduğu için hapis tutmak utanç vericidir.

ben bir demokrat, hatta çekinmeden yazıyorum bir komünist olarak görüşüm şu :

Tüm kendi yetkilerinizle 141, 142. maddelerin kalkmasında katkıda bulunarak Türk Demokrasisi için adım atmanızdır.

1990 yılının demokrasisi açısından yurdumuzda fikir suçlularinin ve komünist parti yöneticilerinin serbest bırakılmasıdır. 1.12.1989

Davut ZİNCİDİ

D, Zıncıdı

Davut ZİNCİDİ
6550 Bad Kreuznach
Manheimer str. 58

Oltan Sungurlu
Adalet Bakanı
Bakanlıklar
Ankara - TÜRKİE

Tüm dünyada daha çok demokrasi, daha çok özgürlük isteyenlerin, istemleri yerine getirilirken bizim ülkemizde ise; daha çok fikir suçlularını tutuklamalar, ve bu düzeyde işkenceler, yasa dışı uygulamalar oluşmakta.

Ülkemizdeki demokrasinin daha çok işler duruma gelmesi için yurda dönen ve yurdumuzda yasal parti kurmak isteyen komünistler, aydın insanlar, sendikacılar tutuklanıyor. Bu açıdan düşündüğüm zaman, 89 yaşındaki bir insanı komünist olduğu için hapis tutmak utanç vericidir.

Ben bir demokrat, hatta çekinmeden yazıyorum bir komünist olarak görüşüm şu :

Tüm kendi yetkilerinizle 141, 142. maddelerin kalkmasında katkıda bulunarak Türk Demokrasisi için adım atmanızdır.

1990 yılının demokrasi açısından yurdumuzda fikir suçlularının ve komünist parti yöneticilerinin serbest bırakılmasıdır. 1.12.1989

Davut ZİNCİDİ

D. Zıncıdı

Davut ZINCİDİ
6550 Bad Kreuznach
Manheimer str. 58

Ministerpräsident
YİĞİTİM AKBULUT
Bakanlıklar
Ankara-Türkei
Fax: 00904-2308896

Tüm dünyada daha çok demokrasi, daha çok özgürlük isteyenlerin, istemleri yerine getirilirken bizim ülkemizde ise; daha çok fikir suçlularını tutuklamalar, ve bu düzeyde işkenceler, yasa dışı uygulamalar oluşmakta. Ülkemizdeki demokrasinin daha çok işler duruma gelmesi için yurda dönen ve yurdumuzda yasal parti kurmak isteyen komünistler, aydın insanlar, sendikacılar tutuklanıyor. Bu açıdan düşündüğüm zaman, 89 yaşındaki bir insani komünist olduğu için hapis tutmak utanç vericidir. Ben bir demokrat, hatta çekinmeden yazıyorum bir komünist olarak görüşüm şu :

Tüm kendi yetkilerinizle 141, 142. maddelerim kalkmasında katkıda bulunarak Türk Demokrasisi için adım atmanızdır. 1990 yılının demokrasi açısından yurdumuzda fikir suçlularının ve komünist parti yöneticilerinin serbest bırakılmasıdır. 1.12.1989

Davut ZINCİDİ

D. Zincidi

Davut ZİNCİDİ
6550 Bad Kreuznach
Manheimer str. 58

Mesut Yılmaz
Dışişleri Bakanı
Bakanlıklar
Ankara - TÜRKİYE
Fax: 00904-2871683

Tüm dünyada daha çok demokrasi, daha çok özgürlük isteyenlerin, istemleri yerine getirilirken bizim ülkemizde ise; daha çok fikir suçlularını tutuklamalar, ve bu düzeyde işkenceler, yasa dışı uygulamalar oluşmakta. Ülkemizdeki demokrasinin daha çok işler duruma gelmesi için yurda dönen ve yurdumuzda yasal parti kurmak isteyen komünistler, aydın insanlar, sendikacılar tutuklanıyor. Bu açıdan düşündüğüm zaman, 89 yaşındaki bir insanı komünist olduğu için hapis tutmak utanç vericidir.

Ben bir demokrat, hatta çekinmeden yazıyorum bir komünist olarak görüşüm şu :

Tüm kendi yetkilerinizle 141, 142. maddelerin kalkmasında katkıda bulunarak Türk Demokrasisi için adım atmanızdır.

1990 yılının demokrasi açısından yurdumuzda fikir suçlularının ve komünist parti yöneticilerinin serbest bırakılmasıdır. 1.12.1989

Davut ZİNCİDİ

D. Zıncıdı

St.Gallen, November 89

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich lade Euch im Namen des TürkeiForums zu einer ersten grösseren gemeinsamen Sitzung ein, an der wir besprechen können, wie unsere Arbeit in Zukunft aussehen soll. Ich hoffe, dass Ihr möglichst zahlreich erscheinen werdet. Die Sitzung findet am Donnerstag, 7. Dezember (Achtung, nicht wie vorerst abgemacht am Donnerstag, 30.11.!), im Restaurant Volkshaus St.Gallen statt.

Herzliche Grüsse

Susan Boos

Wildeggstr.18
9000 St.Gallen
071/22 12 73

TÜRKİYE SOSYAL TİPİHARAŞTIRMA VAKFI

TürkeiForum

(Entwurf)

Im folgenden sollen ganz kurz die Ziele und Ideen, die das TF verfolgt, skizziert werden:

Die Türkei geht die Schweiz mehr an, denn jedes andere "ausser-europäische" Land:

- Aus keinem anderen Land kommen soviele Asylsuchende in die Schweiz wie aus der Türkei.
- Die Schweiz ist der grösste ausländische Investor in der Türkei.

Das sind zwei Hauptgründe, es gibt aber noch zahlreiche andere. Obgleich die Türkei distanzmässig sehr nahe liegt, ist uns die türkische Mentalität und Kultur weit fremder als beispielsweise Lateinamerika; sei es auch nur aufgrund der anderen Religions-Tradition.

Das TF möchte nun versuchen, diese Kluft etwas zu schliessen und den SchweizerInnen die Türkei politisch und kulturell näherbringen. Unterm Stichwort "Informationspool" sollen im TF Informationen über die politische und kulturellen Verhältnisse in der Türkei, über die wirtschaftliche Beziehung Schweiz-Türkei, über türkische Emigranten und Flüchtlinge in der Schweiz usw. zusammenlaufen. Ferner sollen Kontakte mit engagierten Leuten in der Türkei geknüpft werden, damit es möglich sein wird, gute und vielfältige Veranstaltungen durchzuführen. Um dies zu erreichen, ist das TF auf die Mithilfe möglichst vieler TürkInnen angewiesen. Gleichzeitig möchte das TF den TürkInnen behilflich sein, die mit ihren Anliegen an die Schweizer Oeffentlichkeit herantreten möchten (sei es mit Aktionen, Pressekonferenzen usw.) und ihnen aufzeigen, wie man am besten an die SchweizerInnen herankommt und was unbedingt vermieden werden muss, weil es sich auf die hiesige öffentliche Meinung lediglich negativ auswirkt.

TürkeiForum

(Entwurf)

Richtlinien zur Zusammenarbeit im TürkeiForum (TF):

- Die Mitarbeit steht grundsätzlich allen türkischen und schweizerischen Gruppierungen, Vereinen, Parteien und Einzelpersonen offen, sofern sie bereit sind, (parteipolitische) Einzelinteressen aus der Forums-Arbeit herauszuhalten.
- Das Forum bildet einen Ausschuss, der demokratisch gewählt wird. Nach Möglichkeit sollte dieser Ausschuss paritätisch zusammengesetzt sein: 50 Prozent TürkInnen, 50 Prozent SchweizerInnen; wenn irgendwie möglich, sollte auch die Hälfte des Ausschusses Frauen sein.
- Dieser Ausschuss entscheidet über Aktivitäten und deren Rahmenbedingungen (z.B. welche Bücher und Broschüren an einer Veranstaltung angeboten werden usw.).
- Findet der Ausschuss in gewissen Fragen keine Einigung, obliegt den SchweizerInnen der letzte Entscheid. Nicht um die TürkInnen zu bevormunden oder zu zensurieren, doch ist es ein Hauptziel des TF türkische Anliegen der Schweizer Bevölkerung nahezubringen. Es liegt auf der Hand, dass SchweizerInnen eher in der Lage sein werden, zu entscheiden, was von ihren MitbürgerInnen noch verstanden wird und wann eine Aktion kontraproduktiv wirken kann.

TürkeiForum

Das TürkeiForum...

(Entwurf)

...unterstützt den gewaltfreien Kampf für eine demokratische, freie Türkei, in der die Grundrechte der Menschen (die Menschenrechte ganz allgemein, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht auf menschenwürdige Lebensumstände usw.) nicht missachtet werden.

...steht jedermann/frau ob SchweizerIn oder TürkIn zur Mitarbeit offen.

...ist parteipolitisch unabhängig, wendet sich jedoch aus einer politischen Grundhaltung heraus gegen jegliche Art der Unterdrückung.

...versteht sich als Informationspool und versucht Öffentlichkeitsarbeit (politische und kulturelle Veranstaltung jeder Art) zu machen, um einerseits die Schweizer Bevölkerung für die Probleme der TürkInnen zu sensibilisieren, andererseits kritisch engagierten Türken zu helfen, ihre Anliegen gemeinsam und in einer für SchweizerInnen verständlichen Form an die Öffentlichkeit zu bringen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ
TÜSTAV

Değerli Yoldaşlar,

SPD Bavyera Eyalet Milletvekili Rolf Langenberger, Nürnberg Konsolosluğu ile yaptığı bir görüşmenin özetini bizlere iletti. Bu yazılı özetin bir örneğini sizlere gönderiyoruz.

TBKP Nürnberg

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Besuch am 10.11.1989 im türkischen Generalkonsulat am 10.11.1989, 14.30 - 16.00 Uhr

Bei meinem Besuch wurde ich von Generalkonsul Ferdaroglu und einem Attache empfangen. Ich habe drei Themenkomplexe angesprochen:

1. Menschenrechte und Folter in der Türkei

Im Zusammenhang mit dem Prozeß Kutlu/Sargin habe ich meine Eindrücke bei meinem Türkeiibesuch an einem Prozeßtag geschildert. Ich habe darauf hingewiesen, daß beide Angeklagte davon gesprochen haben, gefoltert worden zu sein. Außerdem sitzen sie nun seit fast zwei Jahren in Untersuchungshaft, pro Monat findet nur ein Prozeßtag statt. In Anbetracht der Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden (keine Gewalttaten!) betrachte ich auch diese lange Untersuchungshaft und die Verschleppung des Prozesses als Menschenrechtsverletzung. Den Generalkonsul habe ich auch davon unterrichtet, daß ich Korrespondenz mit dem Bundespräsidialamt hatte, das ebenfalls seine Besorgnis über die Menschenrechtsfrage ausgedrückt hat. Die Fälle Kutlu/Sargin habe ich als die Spitze eines Eisberges bezeichnet. Tausende andere Fälle seien eben nicht so bekannt.

Generalkonsul Fedaroglu hat mir erwidert, in der Türkei sei ein geschichtlicher Prozeß im Gange. Aus diesem geschichtlichen Prozeß heraus müsse verstanden werden, daß ein Anschluß an die Betrachtungsweise der Menschenrechte nach westeuropäischen Maßstäben noch nicht ganz gelungen sei. Es werde daran aber gearbeitet. Zum Beweis dafür hat er mir die beiliegenden Presseerklärungen überreicht, in denen ein Gesetzentwurf der Regierung skizziert wird, der die Untersuchungshaftdauer verkürzen soll und das Recht auf Hinzuziehung eines Anwaltes auf jeder Stufe der Ermittlungen beinhaltet. Für den speziellen Fall des Prozesses Kutlu/Sargin seien die Bestimmungen des türkischen Strafgesetzbuches ausschlaggebend. Es gebe eine Diskussion in der Türkei, diese Bestimmungen zu ändern. Er könne aber nicht sagen, wann diese Diskussion zu konkreten Gesetzesänderungen führen werde.

Daß in der Türkei Folterungen vorkommen, bestritt der Generalkonsul nicht. Er meinte aber, hierbei handle es sich um individuelle Übergriffe von Polizeibeamten, die nichts mit der Politik seines Landes zu tun hätten. Solche Übergriffe seien untersagt. Folterer seien auch bereits gerichtlich verurteilt worden, wenn ihnen die Folterungen nachgewiesen werden konnten.

Auf meinen Wunsch hin sagte mir Generalkonsul Ferda-
roglu zu, daß er zu diesem Punkt meines Besuches der
türkischen Regierung berichten werde.

2. Situation der Türken in Bulgarien und der Kurden in der Türkei

Ich habe zugesagt, daß ich die Situation der tür-
kischen Minderheit in Bulgarien bei sich bietender
Gelegenheit auch öffentlich ansprechen werde. Drei-
hunderttausend Türken haben im letzten Jahr Bulga-
rien verlassen. Die Situation der Minderheit in Bul-
garien habe sich aber nicht verbessert, meinte der
Generalkonsul.

Diesen Menschenrechtsverletzungen habe ich die nach
meiner Meinung bestehenden Menschenrechts-
verletzungen der Türkei an der kurdischen Minderheit
gegenübergestellt.

Hier behauptete der Generalkonsul, solche Menschen-
rechtsverletzungen gebe es nicht. Die kurdischen
"Terroristen" müßten eben bekämpft werden. Es gebe
viele kurdische Dörfer, die sich offiziell an die
türkischen Behörden gewandt hätten, weil sie sich
durch diese "Terroristen" bedroht fühlten. Im übrigen
könnten die Kurden selbstverständlich ihre
Sprache im alltäglichen Leben sprechen. Kurdisch sei
aber eben keine Amtssprache, so wenig wie auch in
Deutschland beispielsweise ein türkischer Besucher
in einem deutschen Gefängnis mit seinem türkischen
Landsmann ohne Dolmetscher sprechen dürfe, so wenig
sei dies Kurden erlaubt, weil sonst die Sicherheit
gefährdet werde.

In diesem Punkt brachte der Generalkonsul meinen
Forderungen kein Verständnis entgegen.

3. Religionsfreiheit in der Türkei

Ich habe angeführt, daß mir bei meinem Besuch
von einem Angehörigen der deutschen Botschaft mitge-
teilt wurde, die Islamisierung in der Türkei schrei-
te sehr stark voran. Andere religiöse Minderheiten aber
würden in bestimmten Landesteilen unterdrückt. Das von
Atatürk erlassene Gesetz, daß die öffentli-
che Propaganda von Religionsgemeinschaft verbiete, sei
praktisch für den Islam außer Kraft gesetzt. Auf der
anderen Seite aber würden privat zusammenkommen-
de Angehörige von anderen Religionsgemeinschaften
verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt, weil ihnen
religiöse Propaganda vorgeworfen werde. Sie kämen zwar
regelmäßig wieder frei, doch würden diese Schikanen
stets wiederholt.

zu, daß militante Bewegungen
eingesickert seien. In
wischen Religionsausübung
en fließend. Er gehe
die Religionsfreiheit in
werde.

Der Generalkonsul gestand zu, daß militante Bewegungen des Islam aus Persien eingesickert seien. Im übrigen sei die Grenze zwischen Religionsausübung und religiöser Propaganda eben fließend. Er gehe allerdings davon aus, daß die Religionsfreiheit in seinem Lande nicht behindert werde.

rt, bei Bedarf weitere Ge-

Abschließend haben wir vereinbart, bei Bedarf weitere Gespräche zu führen.

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAV ARAŞTIRMA VAKFI

Jungsozialisten in der SPD
Kreisverband Bad Kreuznach
c/o Michael Böhm
Magister-Faust-G. 48
6550 Bad Kreuznach
B.R.Deutschland

Herrn Ministerpräsident
Turgut Özal

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident ,

am Freitag, den 22. September sind vier Ihrer Landsleute in die
Türkei zurückgekehrt.

Es handelt sich um : Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisik

Diese sind in Ihr Land zurückgekehrt, um dort ihr Menschenrecht auf
freie Meinungsäußerung und freiheitliche Demokratie nachzugehen.
Leider mußten wir feststellen, daß diese gleich nach ihrer Ankunft
inhaftiert wurden.

Ihr Land hat in der UNO-Charta, in der Europäischen Akte, etc. diesen
Menschen die Menschenrechte gewährt. Wir sehen an diesem Beispiel
einen grassen Verstoß gegen die Menschenrechte, was auch für
die immer noch inhaftierten Sekretäre Kutlu und Sargin gilt.
Wir bitten Sie deshalb, diesen ihre Freiheit zu gewähren.
Wir denken, daß dies im Sinne eines zukünftigen Eintrittes der
Türkei in die Europäische Gemeinschaft als Vorraussetzung dienen
muß

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Michael Böhm

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ ARAŞTIRMA VAKFI

Jungsozialisten in der SPD
Kreisverband Bad Kreuznach
c/o Michael Böhm
Magister-Faust-G. 48
6550 Bad Kreuznach
B.R.Deutschland

Bad Kreuznach, den 23.9.1989

S H P
Erdal Inönü
Genelbaskani

Ankara
Türkei

Sehr geehrter Herr Inönü ,
von Freunden bin ich darauf hingewiesen worden, daß am Freitag,
dem 22. September 89 vier Ihrer Landsleute aus der B.R. Deutschland
in die Türkei zurückkehren.

Es handelt sich um : Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozisik

Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, der Rückkehr dieser Menschen
Aufmerksamkeit zu widmen und Ihnen möglicherweise Hilfe und
Unterstützung zu gewähren.

Dafür möchte ich schon vorab sehr herzlich danken.

Von mir gingen der letzten Tage Protestschreiben an Ministerpräsident
Furgut Özal und Präsident Kenan Evren.

Mit freundlichen Grüßen

:A. rhd rhd

TÜRKIYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ ARAŞTIRMA BİRİMİ

Presseerklärung

Der Kreisverband der Jungsozialisten Bad Kreuznach protestiert aufs Schärfste gegen die Inhaftierung vier türkischer Oppositionelle, die am Freitag, dem 22. September 1989, gleich nach ihrer Ankunft in Ankara inhaftiert wurden. Es handelt sich um Erdal Talu, Ahmet Kardam, Seref Vildiz und Mehmet Bozisik. Nach unserer Meinung ist dies ein grasser Verstoß der Türkei gegen die Menschenrechtscharta der UNO, die die Türkei selbst unterzeichnet hat. Das gleiche gilt für die seit Jahren inhaftierten Generalsekretäre Kutlu und Sargin. Wir fordern die Regierung der Türkei auf alle gefangenen Oppositionelle sofortigst freizulassen, um als freiheitliche Demokratie die Möglichkeit eines zukünftigen Eintritts in der EG zu leisten.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VAKFI
TÜSTAN
KUTLMA VAKFI

Jungsozialisten in der SPD
Kreisverband Bad Kreuznach
c/o Michael Böhm
Magister-Faust-G.48
6550 Bad Kreuznach
BRDeutschland

Bad Kreuznach, den 23.9.1989

Herrn Präsident
Kenan Evren

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Präsident ,

am Freitag, den 22. September sind vier Ihrer Landsleute in die
Türkei zurückgekehrt.

Es handelt sich um : Erdal Talu
Ahmet Kardam
Seref Yildiz
Mehmet Bozistik

Diese sind in Ihr Land zurückgekehrt, um dort Ihr Menschenrecht auf
freie Meinungsäußerung und freiheitliche Demokratie nachzugehen.
Leider mußten wir von Freunden hören, daß diese gleich nach ihrer
Ankunft inhaftiert wurden.

Ihr Land hat in der UNO-Charta, in der Europäischen Akte, etc. diesen
Menschen die Menschenrechte gewährt. Wir sehen an diesem Beispiel
einen grossen Verstoß gegen die Menschenrechtscharta, was auch für
die immer noch inhaftierten Sekretäre Kutlu und Sargin gilt.

Wir bitten Sie deshalb, diesen ihre Freiheit zu gewähren.
Wir denken, daß dies im Sinne eines zukünftigen Eintritts der
Türkei in die Europäische Gemeinschaft als Voraussetzung dienen
muß.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Michael Böhm

TÜRKİYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ ARAŞTIRMA KAFESİ

Allgemeine Zeitung BAD KREUZNACH

Donnerstag, 28. September 1989

Jusos in der Türkei aktiv

Gegen die Inhaftierung vier türkischer Oppositioneller protestiert der Bad Kreuznach. Gleich nach ihrer Ankunft in Ankara wurden İbrahim Talu, Ahmet Kardam, Serif Yıldız und Mehmet Bozistik inhaftiert.

Nach Meinung der Jusos ist dies ein grosser Verstoß der Türkei gegen die Menschenrechtscharta der UNO.

Die Jusos selbst unterzeichneten die inhaftierten Generalsekretäre.

Sie fordern, alle gefangenen Oppositionellen sofort freizulassen, um die Möglichkeit eines zukünftigen Eintritts in der EG zu leisten.

Kirchenkreis An Nahe und Glan
lädt ein

Die Menschenrechte in der Türkei

Bericht einer Reise

am **Mittwoch, dem 6. 12. 1989, 20 Uhr**
im **Dietrich-Bonhoeffer-Haus**
Kurhausstr. 6, Bad Kreuznach

Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil,

Ev Kirche im Rheinland, war im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland im August 1989 als neutraler Beobachter in der Türkei, um sich über den Stand des Hungerstreiks von politischen Gefangenen im Gefängnis von Aİdin und über die Situation der Kurden im iranisch-türkischen Grenzgebiet zu informieren.

Aus erster Hand kann er über die Lage der Menschenrechte und die Behandlung von Minderheiten und politischen Gegnern in der Türkei berichten.

Harry Fenzl, terre des hommes Diez, besuchte im Auftrag von terre des hommes im Frühsommer 89 die Flüchtlingslager der aus dem Irak geflohenen Kurden im Osten der Türkei und führte Gespräche mit den Internierten sowie mit türkischen Behörden. Mit Dias kann er die Lebensbedingungen der Menschen in den Lagern beschreiben.

|| P. Sığınmacılara yapılacak
Ödemeler - Listesi

Heizungsbedarf

Grundwerte bei Individualheizung,
Bedarfszeitraum : 1.10. bis 30.4.

Kohle	DM 72 monatlich
Heizöl	80,--
Gas	71,--
Elektro	72,--

Krankenschein

wird bei Bedarf vom Sozialamt gewährt

Weihnachtsbeihilfe

im Monat Dezember,
in 1979 : für den Haushaltsvorstand DM 110,--
sonstige Haushaltsangehörige DM 55,--

Renovierungsbedarf

Das Sozialamt stellt den Bedarf und Umfang fest.
Tapetenpreis pro Rolle bis DM 6,50
Nachbarschaftshilfe nicht mehr als 50 % des Gesellenlohnes.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hausrat

Bett :	- Gestell	90,--
	- Sprungrahmen	60,--
	- Matratze	150,--
	- Matratzenschoner	20,--
	- Oberbett	90,--
	- Kopfkissen	40,--
	Schlafdecke/Wolldecke	45,--
	- Bettbezug	25,--#
	- Kissenbezug	8,--
	- Bettuch	18,--
Kinderbett :	- Etagenbett (einschl. Matratze) bis	600,--
	- Gestell (70/140) bis	80,--
	- Matratze	60,--
	- Oberbett	60,--
	- Kopfkissen	10,--
	- Bettwäsche-Garnitur, 3-teilig	40,--
Kleiderschrank	- 120 cm breit	200,--
Kleiderschrank	- 180 cm breit (ab 4-Personen)	290,--
Küchenschrank	- 100 cm breit (Ober- und Unterschrank)	230,-
Tisch		100,-
Stuhl		35,-
Ofen	- Kohle, Öl bis	600,-
	- Elektroherd, 3 Platten	300,-
	Elektrokocher, 2 Platten (Alleinstehende)	90,-
	- Gasherd, 3 Flammen	450,-
	plus Anschlußkosten einschl. Material (Kostenvoranschlag)	
Kühlschrank		275,-
Waschmaschine (Kostenvoranschlag) bis		800,-
Lampe		40,-
Staubsauger (nur bei Teppichboden/insbesondere bei alten Menschen)		150,-
Bügeleisen		30,-
Fensterbekleidung :	- Dekoration je m	12,-
	- Gardinen je m	15,-
	- Gardinenstange, doppelläufig, lfd m	15,-
Badetuch		15,-
Frottiertücher, 3 Stück		15,-
Geschirrtücher, 3 Stück		9,-
Schulsachen (Schulanfänger)		80,-
Umstandskleidung, ab 4. Monat, Pauschal		300,-
	bestehend aus :	
	- Kleid	
	- Hose	
	- Bluse	
	- Unterwäsche, 2 x à 15,--	
	- Still-BH, 2 x à 20,--	

Säuglinge

Baby-Grundausrüstung, bis zum 3. Lebensmonat, bestehend aus :

- 6 Hemdchen, 6 Höschen, 6 Jäckchen, 2 Gummihöschen, 6 Nabelbinden, 1 Ausfahrgarnitur, 4 Strampelhosen, 6 Flaschen mit Sauger, 1 Badetuch, 24 Sanitas-Windeln, 4 Lätzchen	245,--
- Flaschenwärmer	29,--
- Nachttopf	7,--
- Badewanne	20,--
- Kinderwagen einschl. Kinderwagengarnitur (möglichst gebraucht)	230,--
- Sportwagen mit Fußsack (möglichst gebraucht)	90,--
- Gummituch (zweifach)	25,--
- Schlafsack (bis 1 1/2 Jahre)	35,--

Jungen

	4 Mon - 2 J.	3 - 6 J.	7 - 10 J.	11- 14 Jahre
Anorak	40,--	50,--	55,--	63,--
Anzug	--	--	130,--	150,--
Badehose + Badekappe	--	15,--	15,--	15,--
Hausschuhe	10,--	12,--	15,--	18,--
Hose	25,--	30,--	40,--	50,--
Jeans	15,--	20,--	30,--	40,--
Regenmantel	13,--	15,--	20,--	25,--
Parka	50,--	65,--	80,--	105,--
Mütze	7,--	8,--	10,--	12,--
Pullover/Strickjacke	15,--	18,--	22,--	25,--
Schlafanzug	15,--	20,--	25,--	30,--
Winterschuhe	50,--	50,--	60,--	70,--
Sommerschuhe	50,--	45,--	50,--	60,--
Gummistiefel	10,--	16,--	18,--	20,--
Hemd	10,--	15,--	15,--	20,--
T-Shirt	9,--	9,--	12,--	15,--
Strümpfe (3 Paar)	10,--	10,--	15,--	20,--
Strumpfhose, Helanca	8,--	8,--	10,--	20,--
Trainingsanzug	--	30,--	40,--	50,--
Turnhemd + Turnhose	--	10,--	13,--	14,--
Turnschuhe	--	10,--	12,--	15,--
Unterhemd + Unterhose	8,--	9,--	11,--	12,--

Mädchen

Anorak	35,--	45,--	50,--	58,--
Badeanzug + Badekappe	--	15,--	20,--	28,--
Bluse	12,--	15,--	20,--	25,--
T-Shirt	9,--	9,--	12,--	15,--
BH	--	--	--	12,--
Hausschuhe	10,--	12,--	15,--	18,--
Hose	25,--	30,--	40,--	50,--
Jeans	15,--	20,--	30,--	40,--
Sommerkleid	15,--	27,--	36,--	40,--
Winterkleid	20,--	35,--	50,--	65,--
Sommerrock	--	15,--	20,--	25,--
Winterrock	--	21,--	26,--	30,--
Regenmantel	13,--	15,--	20,--	25,--
Wintermantel	50,--	65,--	90,--	105,--
Mütze	7,--	8,--	10,--	12,--
Pullover, Strickjacke	15,--	18,--	22,--	25,--
Schlafanzug/Nachthemd	15,--	20,--	25,--	30,--
Sommerschuhe	50,--	45,--	50,--	60,--

Damen	DM	Tragezeit

Badeanzug + Badekappe	55,--	--
Bademantel oder Morgenrock	80,--	5
Bluse	30,--	1
BH	12,--	kurz
BH	20,--	lang
Garnitur	15,--	--
Handschuhe	10,--	5
Hausschuhe oder Turnschuhe	20,--	1
Hose	70,--	2
Hüfthalter	25,--	--
Hut oder Mütze	25,--	--
Kittelschürze	25,--	--
Sommrekleid	85,--	2
Winterkleid	120,--	2
Kleiderrock	80,--	2
Regenmantel	120,--	4
Wintermantel	200,--	4
Nachthemd	20,--	2
Pullover	25,--	2
Regenschirm	15,--	--
Schal	8,--	--
Schlafanzug	30,--	2
Schlüpfer, Wolle	20,--	--
Sommerschuhe	70,--	2
Schuhe	90,--	3,
Strickweste	40,--	2
Strumpfhosen (6 Stück)	18,--	-
Strumpfhose, Wolle	20,--	--
Trainingsanzug	50,--	5
T-Shirt	15,--	--
Unterrock	15,--	--
Unterrock, Wolle	25,--	2
Herren		

Anzug	200,--	2
Badehose + Badekappe	20,--	-
Bademantel	80,--	5
Handschuhe	10,--	5
Hausschuhe oder Turnschuhe	20,--	1
Hose	70,--	2
Hur oder Mütze	25,--	-
Jacke / Sacko	100,--	2
Regenmantel	150,--	4
Wintermantel	200,--	4
Oberhemd	25,--	1
T-Shirt	15,--	-
Pullover	30,--	2
Regenschirm	15,--	-
Schal	8,--	-
Schlafanzug	30,--	2
Sommerschuhe	80,--	2
Schuhe	90,--	2
Strickweste	50,--	2
Trainingsanzug	60,--	-
Unterhemd	9,--	-
Unterhose, kurz	9,--	-
Unterhose, lang	15,--	-
Arbeitsanzug	35,--	-
Arbeitsschuhe	45,--	-
Arbeitskittel	35,--	-

DAS NATIONALE EINVERSTÄNDNIS UND DIE NATIONALE EINHEIT SIND FÜR EINEN JEDEN BULGARISCHEN STAATSBÜRGER EINE PFLICHT

Beschluß des Staatsrates und des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien

Der Staatsrat und der Ministerrat der Volksrepublik Bulgarien erörterten auf einer gemeinsamen Sitzung die im Ergebnis der angewandten Zwangsmaßnahmen bei der Namensänderung von bulgarischen Staatsbürgern, die moslemische Namen trugen und der Einschränkungen der Sprache, der religiösen und Volkssitten, entstandene Lage im Lande Ende 1984.

Diese Handlungsweise, die auf willkürliche und von einzelnen Personen gefaßten Beschlüssen während des totalitären Regimes beruhen, führte zur ernsthaften Untergrabung der Einheit der Nation.

Sie stellen eine grobe Verletzung der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die im Artikel 35 der Verfassung der Volksrepublik Bulgarien verankert ist, dar und stehen im Widerspruch zu den demokratischen Traditionen unseres Volkes und zu den von der Volksrepublik Bulgarien angenommenen internationalen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte.

Um die Folgen zu beseitigen, faßten der Staatsrat und der Ministerrat folgende Beschlüsse:

1. Alle Handlungen, die das Recht auf eine freie Wahl des Namens, der freien Glaubensbekennung sowie das Recht bei offizieller Anerkennung und Nutzung der bulgarischen Sprache als Staatssprache, auch andere Sprachen im alltäglichen Leben zu sprechen, ihren Sitten nachzugehen, verletzen, werden verurteilt.

2. In Übereinstimmung mit Art. 35 der Verfassung und der internationalen Verpflichtungen der Volksrepublik Bulgarien werden die zuständigen Staatsorgane verpflichtet, Maßnahmen zur Beseitigung der zugelassenen Verletzungen zu treffen sowie die reale Wahrnehmung der durch die Verfassung und die anderen Landesgesetze vorgesehenen Rechte allen bulgarischen Staatsbürgern zu garantieren, ohne Unterschied auf nationalen oder sozialen Ursprung, Religion, Geschlecht, Sprache, Rasse, Bildung, materielle und gesellschaftliche Stellung.

Der Staat garantiert allen seinen Bürgern volle Freiwilligkeit bei der Wahrnehmung dieser Rechte und widersetzt sich einer jeden gesetzwidrigen Einschränkung und Verletzung.

3. Ein nationales Einverständnis und eine nationale Einheit zu erreichen ist Aufgabe eines jeden bulgarischen Staatsbürgers. Sie müssen sich entwickeln und festigen bei strenger Einhaltung der im Staat demokratisch festgelegten Rechtsordnung und bei bedingungsloser Anerkennung und Gewährleistung der Grundrechte und Freiheiten der Bürger durch die staatlichen Behörden und durch einen jeden Bürger.

4. Der Volksversammlung wird vorgeschlagen diese Fragen zu erörtern und Beschlüsse zu fassen auf der Grundlage des nationalen Einverständnisses, des Zusammenschlusses des bulgarischen Volkes und der Festigung der Einheit des Volkes.

Um einen Dialog und umfassende Konsultationen mit der Beteiligung von Vertretern aller interessierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte im Lande durchzuführen und um ein nationales Einverständnis zu erreichen, wäre es angebracht, diese außerordentlich wichtigen Fragen im Rahmen der ständigen Kommissionen der Volksversammlung zu besprechen.

5. Der Volksversammlung wird vorgeschlagen eine Amnestie für alle politischen Vergehen, die im Zusammenhang mit der Namensänderung begangen wurden und nicht mit terroristischen Handlungen verbunden sind, zu erlassen.

Der Staatsrat und der Ministerrat der Volksrepublik Bulgarien rufen alle bulgarischen Staatsbürger auf, die für das bulgarische Volk charakteristische Verantwortungs- und Gesellschaftsbewußtsein, Reife und klaren Verstand zu zeigen. Möge jeder, dem am Wohlergehen und an der fortschrittlichen Entwicklung der Heimat liegt, seinen Beitrag zum nationalen Einverständnis und Versöhnung leisten. Nur so können stabile und dauerhafte Bedingungen und Garantien gegen jegliche Übergriffe auf die Sicherheit, territoriale und staatliche Integrität des Landes, die höheren nationalen Interessen unseres freien, unabhängigen und souveränen Volkes geschaffen werden.

Nur die Einheit des Volkes auf der Grundlage der Gleichberechtigung eines jeden und aller vor dem Gesetz wird unserer Gesellschaft einen würdigen Platz in der europäischen und Weltgemeinschaft sichern.

PETAR MLADENOW
VORSITZENDER DES STAATSRATES
DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN

GEORGI ATANASSOW
VORSITZENDER DES MINISTERRATES
DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN

SOFIA, den 30. 12. 1989